

IHR KRIEGT UNS NICHT!

Eine Handreichung gegen den Krieg.



Interventionistische Linke (Hg.)

Interventionistische Linke (Hg.)

IHR KRIEGT UNS NICHT!

Erste Auflage.

Berlin/Frankfurt am Main, August 2025.

Eigendruck im Selbstverlag.

Download: <https://interventionistische-linke.org/beitrag/ihr-kriegt-uns-nicht>

Interventionistische Linke
Gneisenaustraße 2a
D-10961 Berlin

Eigentumsvorbehalt

Diese Publikation bleibt solange Eigentum des/der Absender:in bis sie der gefangenen Person persönlich ausgehändigt worden ist. »Zur-Habe-Nahme« gilt nicht als persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Sollte diese Publikation nicht persönlich ausgehändigt werden, so ist sie unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung an die/den Absender:in zurückzusenden.

Fotos: Interventionistische Linke, Rheinmetall Entwaffnen, privat.

**IHR
KRIEGT
UNS
NICHT!**

Eine Handreichung gegen den Krieg.

Inhalt

Erwischt. Der Krieg, das Kriegsregime und das Entkommen	6
Das Kriegsregime und die Narben der Kriegsgesellschaft	
Europe at War: European Elections and the Task of Social Movements	12
Für ein Ende der Gewalt	16
Globales Kriegsregime: Das Desertieren neu denken	19
Das Kriegsregime als Angriff auf unsere Kämpfe	
Warum uns die Militarisierung alle etwas angeht	26
Kein Krieg ist feministisch - Der patriarchalen Kriegslogik entgegentreten	32
Keine Kohle für Panzer: Warum »Rheinmetall Entwaffnen« auch »RWE Enteignen« bedeutet	34
Aufbruch gegen das Kriegsregime - das Kriegsregime aufbrechen	
Der Krieg, die Linke und wir	40
Solidarität mit allen vergangenen und zukünftigen Deserteur:innen!	44
Die Nahostblockade - Oder: Warum fällt es der deutschen Linken so schwer eine Antikriegsbewegung aufzubauen?	50
Empfehlungen	54

Eine Handreichung gegen den Krieg

Stell dir vor es ist Krieg und viele wollen hin. Wir nicht. Plötzlich sei Krieg der neue Frieden, und Frieden der neue Krieg. Plötzlich ist vieles anders, als es gestern noch der Fall gewesen ist. Heute scheinen die Dinge verkehrt. Sie sind schief. Und deswegen sind sie falsch.

Wir streiten und kämpfen gegen den Krieg. Wir streiten und kämpfen für das Leben. Denn wer Krieg will, will das Leben Anderer zunichte machen. Wir wollen ein Leben in Würde und das Glück Aller ermöglichen. Die Handreichung, die Du gerade vor Dir hast, ist ein kleiner Teil dieses Kampfes.

Der Moment, in dem sich die Dinge verkehrten und ins Rutschen gerieten, liegt im Februar 2022, als die Zeitenwende und die Ertüchtigung der Bundeswehr im Bundestag verkündet wurden. Nun, heute, Jahre danach, sehen wir eine Bundesregierung und eine Medienlandschaft, sehen wir alte und neue Liberale, Intellektuelle und nicht wenige Linke, manche jung, andere schlecht gealtert, die in der Militarisierung der europäischen Gesellschaften einen alternativen Akt der Freiheit und Solidarität, vielleicht sogar der Menschlichkeit sehen wollen. Doch aufgepasst! Die Anrufung der Freiheit ist auch in diesem Moment allein jene, die nur dann erlaubt ist, wenn sie sich nicht gegen das System der Entrechtung und Ausbeutung, des Rassismus und Neo-Kolonialismus wendet. Das lang verpönte Wort der Solidarität wird nun vollendet entleert, für die Herrschenden ist Solidari-

tät nicht mehr als die Kameradschaft unter – und seien sie divers – Waffenbrüdern. Ihre Menschlichkeit ist nur so weit gütig und göltig, bis sich Andere, Gäste, neue Menschen an unseren Tischen niederzulassen versuchen.

Was also ist geschehen? Uns ist die Kriegstüchtigkeit geschehen, aufgezwungen von denen, die einen Krieg beginnen und von jenen, die ihn mit viel Hingabe weiterhin befeuern. Diesen Krieg und seine Kriegstüchtigkeit gilt es zu verstehen, zusammen mit ihren Folgen für die Gesellschaft, für uns als Subjekte, für unsere Kämpfe für ein besseres Morgen für alle Menschen weltweit. Dafür benötigen wir allesamt ein Denken und ein Handeln, eine Theorie und eine Praxis, die zusammengenommen eine Bewegung des Widerstands bilden – und die über die Formen des Protests hinausgehen. Ein Element darin bildet die vorliegende Handreichung, die unsere antimilitaristische Debatte der letzten Jahre mit Genoss:innen und Freund:innen abbildet. Wir sind zwar nicht immer einer Meinung, am Ende fallen aber unsere Positionen darin überein, dass diesem Kriegsregime etwas entgegengesetzt werden muss. Dass es dafür eine geteilte Hoffnung eines neuen Aufbruchs geben muss. Dass all dies gemeinsam geschehen muss – auch mit Dir!

Die Handreichung umfasst drei Passagen, die von einem vorangestellten Text eingeleitet werden, der den Krieg, das Kriegsregime und unser Handeln dagegen umreißt. Die erste Passage beschäftigt sich mit der Militarisierung der Gesellschaft, der Logik der Feindschaft und dem gegenwärtigen Herrschaftsprojekt. Anschließend zeigen wir in der zweiten Passage die Verbindungslinien zu anderen Kämpfen auf und machen damit deutlich: Der Widerspruch zum Kriegsregime geht uns alle etwas an und ist eine umfassende Forderung nach einer solidarischen, feministischen und klimagerechten Gesellschaft. Schließlich diskutieren wir in der dritten Passage den antiautoritären und transnationalen Charakter der Bewegung: was sie braucht, was sie hemmt und was sie schon ist.

Die vorliegenden Texte stammen von unterschiedlichen Gruppen und sind das Ergebnis einer längeren Debatte, die wir mit dieser Handreichung festhalten und verbreitern wollen. Sie wurden nicht eigens für dieses Heft geschrieben, sondern standen ursprünglich für sich. Wir wünschen Dir eine gute Lektüre. Wir freuen uns auf die Debatte mit Dir und mit Euch. Wir sehen uns auf der Straße, in den Schulen, Unis und Betrieben, in der Nachbar:innenschaft und auf den Festen. Wir sehen uns im Leben und im Kampf. In diesem Sinne:

Alerta antimilitarista!

Erwischt. Der Krieg, das Kriegsregime und das Entkommen

Interventionistische Linke, August 2025

Er hat *alle* erwischt! Als Staat, als Gesellschaft, als Medien. Als Einzelne, als Netzwerke und Gruppen, als Nachbar:innen und Freund:innen. Als die, die hier geboren wurden und die, die im Laufe ihres Lebens hierher fanden. Kriegstüchtig sollen wir werden, staatspolitische Verantwortung übernehmen, uns für den Verteidigungsfall wappnen. Unsere liberalen Werte würden angegriffen, unsere westliche Lebensweise sei existentiell bedroht. Der Feind, er sei nahe.

Einige, die hierher kamen und nun von hier sind, hatte er schon einmal erwischt in ihrem Leben. Sie kamen an, da sie entkommen konnten und vieles und Viele, wenn nicht sogar alles und Alle, haben zurücklassen müssen. Nun nähert sich ihnen erneut das - auch rassistische - Geheul der Koalition der Kriegswilligen, wemgleich jene es bevorzugen, ihre Kriege an anderen Orten zu führen.

Er hat *auch uns* erwischt. Als gesellschaftliche und Szene-Linke, als linke Subjekte, organisiert oder unorganisiert, in unseren Kiezen und Kollektivräumen, in den Schulen, in den Unis und auf der Arbeit. Weil wir bisher zu wenig gegen diese Kriegstüchtigkeit unternahmen. Weil wir zuschauen. Weil wir uns nicht verabreden und darüber streiten, wie dieser gesellschaftlichen Aufrüstung für den Krieg entgegenzutreten.

Manchmal lassen wir uns vereinnahmen, stellen uns auf die Seite des Staates - auch dann noch, wenn dieser uns weiterhin bekämpft. Schlaf-

wandelnd sagen wir uns vor - unwissend, dass solch' Sätze lediglich dazu dienen, eine trügerische innere Selbstvergewisserung herbeizuphantasieren - dass der Krieg uns schon nicht erwischt wird. *Doch er hat uns alle erwischt.* Der Krieg, er hat uns, neben vielem anderen, auch im Kopf erwischt.

Weil wir als gesellschaftliche und Szene-Linke plötzlich unserem eigenen Misstrauen gegenüber Staat und Kapital misstrauen.

»Der Krieg, er hat uns, neben vielem anderen, auch im Kopf erwischt.«

Weil wir nicht sehen wollen, dass der Krieg, und sei er in ferner Nähe oder naher Ferne, auch hier längst seinen langen Schatten geworfen hat, nicht als Krieg auf dem Schlachtfeld, aber als Krieg in den Gedanken und Entscheidungen. Der Staat hat unter uns Zweifel gesät, wir sind in einer Position der unorganisierten strategischen, theoretischen und praktischen Schwäche. Chapeau! Ausgehend von dieser Schwäche denken wir viel zu oft das Recht auf Selbstverteidigung, das viele Formen kennt, darunter auch die bewaffnete, nur noch auf Seite der Regierenden, des Staates und ihrer Armeen. Der Aufbau einer

gesellschaftlich relevanten Gegenmacht als strategisches Ziel blieb da schon längst auf der Strecke. Unsere Solidarität hat sich dabei, wie in vorherigen Situationen schon einmal, nicht selten ins Absurde überführt. Und wir sehen die Kluft nicht zwischen den Forderungen, die der Krieg in unseren Köpfen stellt, und der nackten Realität, in der diejenigen überleben müssen, die diese Forderungen erfüllen. Wer Solidarität predigt, und damit nur meint, die anderen sollen kämpfen, ist mit

sich selbst solidarisch. Mehr aber auch nicht. Wahr ist jedoch auch, dass wir trotz der vielen Kriege um uns herum, es nicht geschafft haben, unsere Position der Schwäche zu überwinden und dieser Notwendigkeit der gesellschaftlichen Gegenmacht in diesen Gefilden Form und Kraft zu geben.

Der Krieg, er hat uns auch im Kopf erwischt. Rein-mental denken und fühlen wir in den Kategorien derer, die den Krieg wollen und ihn nähren. Rein-mental meinen wir, als Einzelne, als Gesellschaft und nicht selten als Linke nun zu wissen, wer Feind sei und wer Freund sei. Wie sehr doch diese einfache

gegenwärtige Gegenüberstellung jener der Vergangenheit ähnelt. Rein-mental: gebar dieser Boden jemals einen anständigen, also menschlichen, Soldaten?; halfen Waffen aus dieser heimischen Produktion jemals den Frieden vorzubereiten?; existierte überhaupt jemals eine fremde Macht und Bevölkerung, die uns hier alle vernichten wollte? Rein-mental: Finden sich Freund:innen allein in der Volks- und Passzugehörigkeit, oder warten nicht auch in der Fremde sie auf uns, auf dass wir in gastfreundlicher Absicht aufeinander treffen? Der Krieg, er hat uns auch im Kopf erwischt. Wir vergessen, auf welcher Seite wir stehen. Wir müssen unsere Wahl erneut treffen. Wir müssen unsere Wahl bewusst treffen. Wir dürfen nicht mehr vergessen, wer jene sind, die entrechtet, ausgebeutet, erniedrigt und verachtet werden. Wir dürfen nicht vergessen, wer den Krieg unter welchen Absichten führt und in ihren Augen die Opfer für ihn aufbringen sollen. Sind wir noch ausreichend klar im Kopf, nebst der uns umgebenden Kriegstüchtigkeit, diese Konfliktlinien auszumachen, zu betrachten, zu analysieren, zu begreifen, Gegenstrategien zu entwerfen und uns zu organisieren? Wo stehen wir überhaupt? Stehen wir überhaupt noch aufrecht? Oder machen wir eine huldvolle Verbeugung vor denen, die den Krieg nähren, da wir insgeheim vielleicht doch irgendwie davon überzeugt sind, dass die Welt im Unrecht ist, und wir im Recht. Welch' noch nicht ausgemerzte Überheblichkeit uns da befällt!

Sind wir überhaupt noch klar im Kopf? Wie sind wir überhaupt? Aufrecht oder käuflich? Der Krieg macht uns käuflich. Der Staat nutzt unsere Käuflichkeit kaltblütig aus. Und wer sind wir dann?

Wenn es eine:n erwischt hat, ist ein Entkommen gar nicht mehr so einfach. Doch *nicht einfach* bedeutet nicht *unmöglich*. Wir wollen daher einen Einspruch wagen, einen Einspruch der widerspricht. Wir widersprechen jenen, die ihre Kriegstüchtigkeit in ihre Bauchschmerzen zu verhüllen suchen, die vorgeben den Frieden zu wollen und dafür den Krieg benötigen, die uns eine nationale Einheit vorgaukeln und von Dienst, verpflichtender Freiwilligkeit und Held:innentum schwafeln, wofür wir selbst genügsam sein sollen mit unseren Bedürfnissen und Wünschen nach einem erfüllten Leben für alle, weltweit. Wir widersprechen denen, die ein neues *There Is No Alternative* behaupten. Wir widersprechen, weil sie lügen. Wir erheben also Einspruch. Wer sagte doch gleich, alles sei verloren, und glaubte unverschämterweise damit Recht zu haben? Das, was ist, muss nicht sein, flüstern wir leise, schreien es laut, halten wir dem entgegen. Und wer hält mit uns dagegen? Du? Du!

Wogegen wir dagegen halten: Merkmale des Krieges

Der Krieg ist ein gesellschaftliches militärisches Verhältnis und jeder Krieg hat stets seine ganz eigene Geschichte. Es braucht mindestens zwei Parteien, die ihn nähren. Zweifellos trägt der, der das Verhältnis auf eine neue Stufe bringt, die Verantwortung für diesen Schritt. Zweifellos trägt der, der sich im Folgenden ebenfalls auf diese neue Stufe begibt, ebenso eine Verantwortung. Doch die entscheidende Frage an dieser Stelle ist nicht, ob es eine Hauptverantwortung gibt und wer diese trägt. Uns beschäftigt ein weiteres Merkmal des Krieges:

Der Krieg ist eine tödliche Spirale, die sich aus ungleichen Figuren zusammensetzt. Die, die für ihn werben, und in ihm ihre Macht sichern und sich bereichern, sind selten die, die in ihm sterben. Und doch sind die, die für ihn werben, für gewöhnlich die, an die nach einem Krieg erinnert wird. Wer kennt den Namen auch nur eines einzigen gefallenen Soldaten aus dem Hundertjährigen Krieg? Aus dem Ersten Weltkrieg? Über wen werden Bücher verfasst, Filme gedreht? Die Toten sind bedeutungslos für die, die diese Toten zu verantworten haben; sie sind auch denen unbekannt, die den Krieg im Kopfe haben und sich von ihm mitreißen lassen - denn der Krieg ist mehr:

Der Krieg ist ein Geschenk. Er ist ein Geschenk für die, die für ihn werben, und er ist ein vielseitig anwendbares Geschenk. Die, die ihn in bestimmender Weise führen, nutzen ihn, um ihren eigenen Anspruch nach Macht und Einfluss weiterhin geltend zu machen, während sie zeitgleich versuchen, für sich und ihre Verbündeten, die profitabelsten Geschäfte möglich zu machen. Krieg lässt sich ohne staatliche Finanzierungsgeschenke und Aussichten auf neue private Gewinne nicht überzeugend führen. Krieg und Kapital, sie sind ein Geschwisterpaar. Die staatliche Unterstützung einer Kriegswirtschaft und die Anpassung einzelner Wirtschaftsbereiche an die Anforderungen gegenwärtiger und zukünftiger Schlachtfelder ist auf Jahre und Jahrzehnte ausgerichtet. Wer kriegstüchtig sein möchte, plant für den Krieg - und niemals für den Frieden.

Wer für den Krieg wirbt, wirbt für seine eigenen Interessen, um Einflusszonen, um Grenzziehungen. Er sucht sich Verbündete um diesen oder jenen Teil der Welt neu aufzuteilen und so aus ihr noch mehr für sich selbst herauszuziehen. Der Krieg wird als Mittel der Aushandlung gegensätzlicher Interessen eingesetzt. Er ist ein Mittel der Schwachen, da diese glauben, mit reiner Stärke sei Welt zu machen. Letztlich bleiben auch

sie nur jämmlische Sterbliche und schon jetzt tanzen wir, die wir diese Zeilen schreiben, auf ihren Gräbern. Bis zu ihrem Ableben greifen sie auf den Krieg zurück, weil sie von dem Irrglauben beseelt sind, sie verkörpern das Maß aller Dinge. Sie nennen die Welt, doch in Wirklichkeit nehmen sie sie uns:

Ihr Krieg verunmöglicht eine Zukunft. Er zerstört unsere Welt. Wenn das letzte Schlachtfeld sich zur Ruhe legt, wird es dort auf lange Zeit keine blühenden Landschaften geben können. Der Krieg ist die größtmögliche Katastrophe für die Umwelt, unsere Welt. Die verseuchte Erde wird dann unseren verseuchten Gedanken der Hoffnungslosigkeit in uns gleichen. Kein Versprechen nach einer Zukunft für alle in Freiheit, Würde und Glück wird mehr verfangen. Zwar geben uns die, die für den Krieg werben, die nationale Zugehörigkeit, in der wir alle gleich

das Schlachtfeld hinaus gesellschaftliche und internationale Bedeutung erfährt. Dass der Krieg auch im Inneren anderer Länder, die kein Schlachtfeld vorzuweisen haben, gestalterisch wirkt und in seinem Namen weitreichende politische Entscheidungen gefällt werden, ist einer bestimmten Ausrichtung von Herrschaftsinteressen und ihrer Politik zuzuschreiben. Das ist das Kriegsregime.

Wogegen wir dagegen halten: Kriegsregime

Das Kriegsregime, dem wir uns gegenübersehen, koppelt die Realität einer Gesellschaft ohne Schlachtfeld mit dem Zustand einer Gesellschaft mit Schlachtfeld. Als Ort kennt das Kriegsregime nicht nur die Front, sondern all jene Plätze, Räume und zwischenmenschliche Beziehungen, die von den Merkmalen des Krieges heim-

»Der Krieg ist ein Mittel der Schwachen, da diese glauben, mit reiner Stärke sei Welt zu machen.«

sein, aber es sind nicht sie, die auf jenen verwüsteten Feldern zur unruhigen Ruhe gelegt werden. Auch im Krieg gibt es manche, die gleicher sind als der Rest - und doch bleiben sie die Schwachen und werden untergehen:

Der Krieg bedeutet Krise. Die Fortführung des Krieges ist ein Zeichen der politischen Unfähigkeit und des Unwillens derjenigen, die ihn führen. Sie sind unfähig und unwillens, tatsächliche Lösungen für internationale Interessenskonflikte im Sinne derjenigen auszuarbeiten, die der Krieg einfängt. Und der Krieg fängt mehr ein, als für gewöhnlich angenommen wird. Das Herrschaftsdreieck Staat, Krieg und Kapital bewirkt, dass der Krieg über

gesucht werden - auch hundert, gar tausende Kilometer entfernt von der Front. Plötzlich ist der Krieg ganz nah und hat alle Grenzen durchbrochen. Das Kriegsregime, es verbindet das entfernt liegende Schlachtfeld mit unseren Köpfen und Handlungen im Hier und Jetzt.

Erst das Kriegsregime schafft die Legitimationsgrundlage für ein neues gemeinsames Agieren zwischen Staat ohne eigenem Schlachtfeld und Kapital ohne Verwertungsaussichten. Das Kriegsregime ist ein großer Ermöglicher, dank dem Regierungen unterschiedlicher politischer Couleur, ob liberal oder konservativ, ob proto-faschistisch oder progressiv, im Inneren eines Landes weitreichende Veränderungen durchsetzen

können. Es zielt auf unsere Disziplinierung ab, wir müssen alle auf *Linie* gebracht werden - und wer ausschert, den bestraft die Staatsräson. Vorangetrieben wird dieser Mix aus verinnerlichter und freiwilliger Unterwerfung mit einer Umgestaltung nationaler Industriezweige und einer Umformulierung staatlicher Aufgaben.

Mit einer unbegrenzten Aufrüstung, dem Ausbau der Rüstungsindustrie und der Normalisierung von Uniformen und Schussfeuerwaffen in der Öffentlichkeit, erhalten private und staatliche militärische Kräfte eine zentrale Position in der Gestaltung unserer Gesellschaften. In dieser Umgestaltung und Umformulierung geschehen beispiellose Investitionen in die Kriegswirtschaft auf Kosten des Sozialstaates. Es zeigt sich die umfassende Wirkung des Kriegsregimes, indem es zur Entwertung und Unterordnung aller anderen Politikfelder beiträgt, die nicht im unmittelbaren Interesse dieser kriegerischen Verwertungsmaschinerie stehen. Sozialpolitik, Klimaschutz und Kulturförderung sind - erneut - nur Nebenschauplätze einer Politik, aus denen am ehesten Ressourcen im Sinne des Kriegsregimes abgeschöpft und Sparmaßnahmen durchgesetzt werden können - allen propagandistischen Lügen bestimmter Akteure zum Trotz. Hieß es früher einst hoffnungsvoll *Waffen zu Pflugscharen!*, so lauten die tödlich-verführerischen Slogans der Gegenwart *Neue Held:innen braucht das Land!* und *Pflugscharen zu Waffen!*

Das Kriegsregime ist nicht die Entscheidungsgewalt in letzter Instanz, doch es ist die Entscheidungsgewalt, die in alle politischen, sozialen, ökonomischen, kulturellen Bereiche eingreift, diese durchdringt und mitbestimmt. Das Kriegsregime ist niemals liberal, trotz neuer Gesichter und ihrer Pluralität. Das Kriegsregime muss notwendigerweise autoritär sein, damit es funktioniert - und autoritär bedeutet stets auch herrisch-maskulin in seiner Beziehung zu uns und in den Beziehungen unter

uns selbst. Es ist genau dieses Merkmal des Autoritären, des Autoritarismus, was das Kriegsregime verbinden lässt mit weiteren Herrschafts- und Kapitalinteressen. Die soziale Sicherheit des Sozialstaates wird ersetzt durch die polizeilich-militärische Sicherheit vor Feinden im Äußeren sowie Inneren.

Das Kriegsregime unterteilt, spaltet, hierarchisiert. Plötzlich steht der Feind nicht mehr nur außerhalb, sondern auch innerhalb und inmitten von uns. Wie bereits erwähnt, auch über uns fällt das Freund-Feind-Denken her. Die Staatsräson macht auch vor uns als gesellschaftliche und Szene-Linke nicht Halt. Auf gesellschaftlicher Ebene werden die Feindes-Namen im Inneren von Zeit zu Zeit ausgetauscht. Manche Bevölkerungsgruppen sind dazu verdammt, immer wieder als Sündenböcke herzuhalten. Und doch sind diese Namen stets Namen von gesellschaftlichen Minderheiten ohne Einflussmöglichkeiten auf die Geschicke eines Landes. Fremdkörper seien diese, die Verursacher gesellschaftlicher Probleme seien sie, die Quelle von Not und Ungerechtigkeit im eigenen Lande; wir sehen, dass die migrationsfeindliche Kotzerei aus dem vergangenen Jahrzehnt den giftigen Boden bereitet hat für genau dieses eingebaute Denken in falsche Freund-Feind-Gegenüberstellungen. Der Krieg, er hat uns auch im Kopf erwischt. Wir sehen, dass ihre kotzende Kriegstüchtigkeit den Weg der Autoritären und Faschisten ebnet wird.

Nicht, dass es keine Angriffe aus der Gesellschaft gegen die Gesellschaft gäbe. Nicht, dass die Kriege anderswo nicht auch uns betreffen und uns eine Mahnung sein sollten. Angriffe und Kriege - und nicht selten allein die schiere Anwesenheit bestimmter Bevölkerungsgruppen - werden überhöht und übertrieben als existentielle Gefahr für unser individuelles und gemeinsames Leben dargestellt. Diese Darstellung ist mehr politisches Instrument des Kriegsregimes, und geschickt-trügerisch ver-

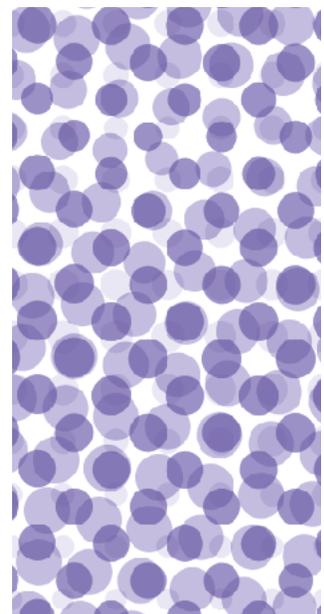
arbeitet von denen, die diesen Krieg führen, statt Ausdruck der realen gesellschaftlichen wie internationalen Zustände. Der Feind, er sei schon hier, sagen die, die den Krieg führen und für ihn werben.

Sicherheit über alles, ertönt es von ihnen sodann, und im gleichen Atemzug feilen sie munter am Niedergang der Welt, wie wir sie kannten aber nie wollten, oder sie uns einst erhofft hatten. Sie sind der Feind jeglicher gemeinsamen politischen Aushandlung darüber, wie wir leben wollen. Sie kennen keine Gemeinsamkeiten zwischen den Menschen mehr. Sie sehen nur noch unüberbrückbare Unterschiede, sie sehen Zivilisierte und Barbaren, nur noch Sicherheitsrisiken, die es gilt einzudämmen, zu kontrollieren, zu entfernen. Sie glauben, sie seien im Recht und sind doch nur rechts, da sie das universalistische Versprechen nach Freiheit, Gleich-

heit und Solidarität für alle zu zerstören versuchen - und das gerade im Namen der Freiheit, der Gleichheit und der Solidarität. Ein Spiegeltrick, den nur der Krieg und seine Tüchtigen möglich machen. Sie sind unser Gegenüber, da sie uns zu trennen versuchen. Sie wollen uns nach ihren falschen Linien trennen und hinter sich vereinen. Sie wollen unsere Familien und Nachbar:innen, unsere Freund:innen und Genoss:innen, sie wollen uns von der Welt und ihren Menschen trennen. Wir erahnen so schon reichlich wenig vom Leben außerhalb der Grenzen um uns. Nun soll uns auch das Ende dieses Lebens, wenn es nach ih-

»Das Kriegsregime verbindet das entfernt liegende Schlachtfeld mit unseren Köpfen und Handlungen im Hier und Jetzt.«

heit und Solidarität für alle zu zerstören versuchen - und das gerade im Namen der Freiheit, der Gleichheit und der Solidarität. Ein Spiegeltrick, den nur der Krieg und seine Tüchtigen möglich machen. Sie sind unser Gegenüber, da sie uns zu trennen versuchen. Sie wollen uns nach ihren falschen Linien trennen und hinter sich vereinen. Sie wollen unsere Familien und Nachbar:innen, unsere Freund:innen und Genoss:innen, sie wollen uns von der Welt und ihren Menschen trennen. Wir erahnen so schon reichlich wenig vom Leben außerhalb der Grenzen um uns. Nun soll uns auch das Ende dieses Lebens, wenn es nach ih-



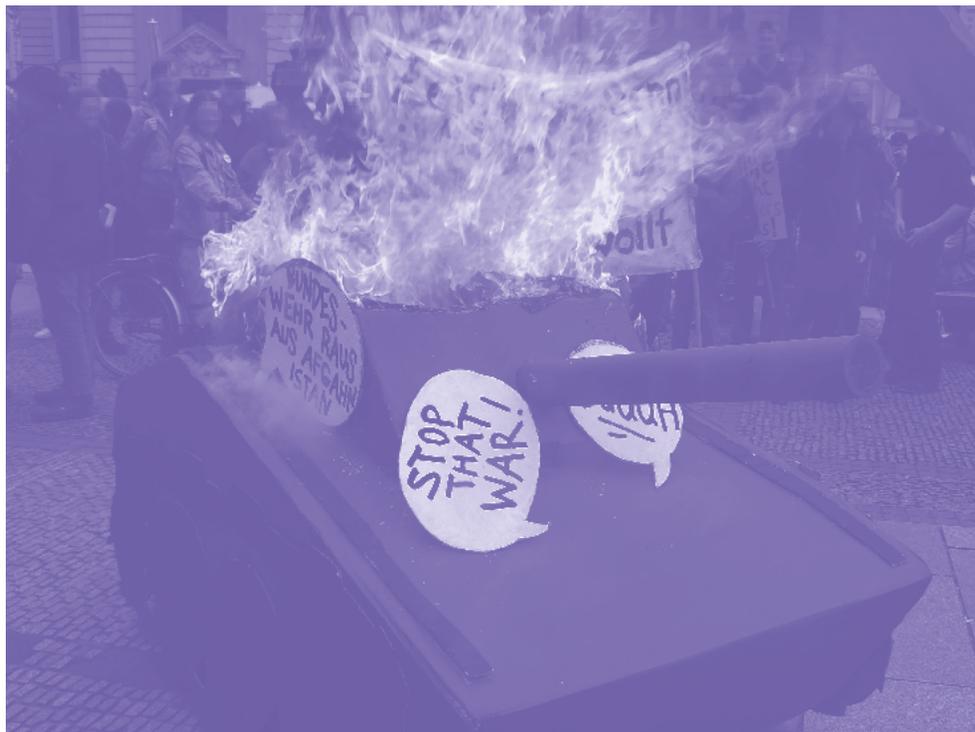
Wofür wir leben: Entkommen!

Noch einmal kurz auf Start. Nicht alles, was wir in diesen Zeilen skizzieren, ist bereits vollumfänglich sichtbar oder spürbar. Das Kriegsregime mag nicht oder noch nicht überall vorherrschen - und vielleicht wird es das auch nie in dieser absoluten Art und Weise. Doch das Kriegsregime ist eine der vielen Masken, mit der sich Staat und Kapital kleiden, um nicht unterzugehen. Um ihren Untergang zu umgehen, führen sie Krieg. Der Krieg, ihr Krieg, ist die tödliche Konsequenz einer globalen Ordnung, die sich neu zusammensetzt. Diese Neu-Zusammensetzung trägt kein Glücksversprechen für alle in sich. Es besteht sogar die Möglichkeit, dass diese gewaltvoller ausfallen wird, als die bisherige Ordnung es gewesen ist. Und dennoch, Möglichkeiten bedeuten Risse im Bestehenden, die in die eine oder in die andere Richtung vergrößert werden können. Es sind Risse, die von uns vergrößert werden können. Von uns. Ein einzelner Einspruch wird zu einem gemeinsamen Widerspruch. Ein gemeinsamer Widerspruch wird zu einer kollektiven Kraft, die die Möglichkeit für sich entscheiden kann. Diese kollektive Kraft sind wir. Wir ziehen eine Linie. Wir wollen widersprechen, verweigern, entkommen. Wir hoffen, versuchen, streiten, dass viele mehr mit uns entkommen werden. Werden wir tüchtig gegen Krieg oder kriegstüchtig?

Das Entkommen gleicht mehreren Schritten, es ist sowohl Prozess als auch Handlung, sowohl individuell als auch kollektiv. Wer entkommt, trifft eine persönliche Entscheidung. Es ist die Entscheidung nicht mitzumachen, sich Staat und Kapital nicht zu unterwerfen, sich dem Kriegsregime nicht auszuliefern, sich nicht einzureihen. Es ist die mutige Entscheidung aus der Masse auszuscheren, die sich dem Kriegsregime in bequemer Weise hingegeben hat. Doch den Krieg zu wollen, ist nicht mutig. Mutig ist, den Krieg zu sabotieren - an den Schulen, den Universitäten, in den Betrieben, in der Öffentlichkeit. Mutig ist, sich nicht einreihen zu lassen, sondern eigenständig zu denken und zu entscheiden. Mutig ist, *Nein!* zu schreien, wenn um dich herum für den Krieg geworben wird, dir falsche, nämlich autoritäre Vorbilder vorgesetzt werden. Mutig ist das Leben zu wollen und das Sterben zu verhindern. Das Kriegsregime stellt die Verteilungsfrage - für welche gesellschaftlichen Grundbedürfnisse ausreichend Ressourcen zur Verfügung stehen und für welche nicht - doch unser Entkommen umfasst nicht das taktierische Ausspielen des Lebens Unzähliger auf nah entfernten

Schlachtfeldern zugunsten einem größeren Klimaetat, von dem wir hier doch nicht profitieren. Das Entkommen kennt mehr als das Ich, will mehr als nur das Nationale, sehnt sich nach mehr als nur dem Eigenen. Es ist nicht einfach, den Krieg aus dem Kopf zu kriegen - aber es ist nicht unmöglich. In dem Moment, in dem das Ich diese Entscheidung trifft, wird es zu einem Wir. Wir finden uns, verbinden uns, organisieren uns, fortan bestimmen wir uns, bestimmen gemeinsam, was nun folgen muss. Gemeinsam verraten wir das Kriegsregime, greifen es an, sabotieren es. Unser Entkommen ist keine Flucht, es ist die Bewegung nach vorne. Es ist das Versprechen, das wir uns geben, damit die Ausrichtung auf die Unterwerfung, den Profit und das Sterben abgelöst wird von einer Gesellschaft für die es sich lohnt zu kämpfen, zu leben und zu lieben!

»Mutig ist, das Leben zu wollen und das Sterben zu verhindern.«



Auf einer Demonstration gegen den deutschen Bundeswehreinmarsch in Afghanistan, 2008.

Das Kriegsregime und die Narben der Kriegsgesellschaft

Europe at War: European Elections and the Task of Social Movements

Permanent Assembly Against the War (PAAW), 6. Juni 2024

Europe is at war. European countries have been involved in numerous conflicts in the past and are embroiled in NATO politics. There is a concrete risk of escalation and open conflict with Russia at any time. But we should not underestimate the shift we are witnessing today: the EU and European states are engaged through weapons delivery and military to Ukraine and in supporting Israel in carrying out the genocide in Gaza and are now pushing to extend further the reach of European armaments used to repel Russian invasion. Besides this active role in fueling wars at the edge of the EU, dramatic shifts are underway inside, and a military turn is reshaping it at all levels, with societal effects that go well beyond its institutional borders.

We need to get used to a new era, that of a 'pre-war' instead of a 'post-war', they say. European politicians seem to agree on the fact that the war is an inescapable horizon and that sacrifices – economic, social, human – are necessary. And even those who declare that they want to secure peace, are fostering further militarization and nationalism. This narrative deepens and accelerates already existing tendencies: we see programs that bring the military culture closer to children at school; ads campaigns to make joining the army attractive, clean, and gender-equality driven; the alignment of universities and armies in research; discussions on the reintroduction of military conscription where it had been long suspended or abolished; inventories of

anti-bomb shelters. In this way, militarism becomes today's »there is no alternative« updated to the Europe at war.

This does not mean that we have in front of us a homogenous scenario, and it makes a difference whether one lives in the EU or not. In Greece, militarization has been around since the dictatorship, fuelled by the constant threat of a new war with Turkey and even during the financial crisis and austerity policies a massive amount of public spending went to the military sector, and there was mandatory military service of a minimum of 12 months. The current transformations are, therefore, not a complete novelty but a deepening of an existing reality: more investments are now spent on high-tech warfare, moulded on the model of the Israeli army, for the benefit of ruling classes, while migrants are treated as »enemies of the nation«. In Romania, as in other Central and Eastern European countries, militarism becomes the source of investments for transnational companies that take advantage of the low salaries and an opportunity to gain a bigger role in the military-industrial complex of the EU. The economy is being restructured in the long term to turn the country into a military outpost to provide resources and labour force for NATO activities. The EU expansion via the integration of further East European countries is sought by ensuring that Romania is a large military base for the war to come. Closer to the Ukrainian battlefield, as in Poland,

talks of introducing obligatory conscription again and organizing a direct intervention in the war are becoming louder and louder, together with plans to fortify the Eastern border.

The turn towards war is also reshaping the relationships between the EU and neighbouring countries. In Turkey Erdogan is using the global legitimization of militarism to attack Kurdish people and political opponents. In the UK massive investments on the army go hand in hand with a militarization of the borders against migrants to fulfil the promise of Brexit.

Despite differences, however, there are common tendencies that tell of a Third World War scenario. The war has become the pretext for erasing measures taken during and immediately after the pandemic crisis to support wages and incomes, and to divert public spending from healthcare, education, welfare to the military. Essential labour that had gained a political centrality during the pandemic is now turned into cheap and disposable labour for a death machine in the making. The generalized cuts on welfare and privatization for the sake of the military imply also a strengthening of the family as the centre of a privatized social reproduction, paid exclusively by workers' wages and through women's labour – for free or as migrant domestic workers. The shift to militarism is connected to the reassertion of sexual hierarchies and sexual discipline. Moreover, in Europe industrial

»Fighting against war and militarism is a fight for different conditions of social reproduction, against exploitation, patriarchy and racism.«

policies are making the coordinated production of weapons a political program. Going hand in hand with the call to sacrifice, this will impact the labour conditions of millions of people, pushing down wages and strengthening wage differential and hierarchies across European regions. But investments in the military are reshaping capital's movements transnationally. Not only investments in weapons and related technologies, but also the prospect of destruction is tempting for capital's speculations on future reconstruction in Ukraine and in Gaza as well. Where we see death, destruction, and genocide, they see opportunities for business.

The same applies to the climate crisis. No one believed that the promised green transition could solve it. Green labels have been used to justify more capital accumulation and investment in polluting resources, but now it is clear that green policies have been through and through reframed according to military priorities, as long as they are 'strategic' to ensure national and EU position in the transnational capital's competition.

In the context of an already deep interlacement between universities, industry, and the military, we see now the EU actively fostering dual-use research and circumventing civil clauses for research. All research is bending towards security policies required by the war that would restrict researchers' mobility and exchanges to safeguard national interests. The continuation of business-as-usual hides the normalization of the enlistment of all institutions for war policies. Militarism as an ideology is at play in reinforcing social and political institutions, from the family to the States, to internal and external borders, by emphasizing the need of hierarchies, discipline, and centralized authorities that enforce the grip of the capitalist-neoliberal, racist and patriarchal

program. Countries preparing for war need money, need women ready to reproduce the labour force of the nation, and disciplined students at schools and universities, and we see with little exceptions that students are beaten up and repressed when they speak up against privatization and against the massacres in Gaza.

Within this context, it is important to acknowledge that the present shift has been anticipated by the long-lasting war against migrants. Border policies have long been a laboratory for militarization and repression. But the turn towards militarism is now contributing to sell institutional racism as necessary to secure borders against »hybrid threats«. A harshening of migration policies is under way, leading to the strengthening of migrants' exploitation, detention and pushbacks. The EU pact on migration and asylum the UK signing the infamous Rwanda Bill, the Italian deal with Albania, the continuation of deadly policies in the Mediterranean sea, all speak of a new wave of externalization of European security policies that is having huge impacts well beyond its borders.

In front of this it is more urgent than ever to engage in thinking together what it is to be done to break the cage that is being welded around us. As Transnational Social Strike and Permanent Assembly Against the War, we have built an initiative that has represented, despite limits and difficulties, a point of reference for many who identify the war as a spiral of death, exploitation, racism, and patriarchy. We have taken a side against the war, not within the war, by refusing to be absorbed by the logic that the war reproduces. In this direction, we have circulated news, built bridges and facilitated political communication between those refusing the war in Ukraine and Russia and protesters in European and American universities; we have given resonance to the

strike against genocide in West Bank; we have gathered Israeli voices against the war; we have supported encampments and joined demonstrations against Israeli's murderous policy; we built coordination and gave visibility to the ongoing movements of migrants overwhelming borders and struggling against racism. For more than two years, as TSS and PAAW, we have been committed to build a transnational politics of peace that can only emerge from these concrete moments of communication and struggle.

We have experienced generally an enormous difficulty in our organizations to overcome the current deadlocks and build a perspective that does not end up caught in geopolitical traps. We have seen nationalism and racism being reproduced in social movements identifying for instance all Jews with the murderous politics of the Israeli government, all those who protested against genocide in Gaza as »antisemites«, or in pinpointing opponents to the investments for the military as Putin's supporters. Unending fights have been dominated by the logic of friends and foes. To face Europe at war we need to overcome those traps and logics and look at the trends and fault lines and conflicts that define a shared anti-war program in spite of the national and local differences.

We see that amid Israel's assault on Gaza, the war between Russia and Ukraine is sometimes forgotten by movements. The fear for the possible enlargement is widespread, particularly among those who live in Eastern Europe, closer to the battlefield, and a feeling of inevitability seems to win over the drive to organize to change this situation. At the same time, we see that a growing number of Ukrainian men and workers, such as truck drivers, are refusing to enlist, challenging the prevailing narrative towards the war and has forcing the government to adopt a harsh law

on conscription. At the same time, rage is fueling support for Palestine and against the genocide carried out by Israel in Gaza, with a contagion effect which swiped universities. Notwithstanding all contradictions, the widespread and variegated mobilizations claiming disclose and divest from the military economy open cracks in the logic of war.

These cracks need to be crossed and deepened, bringing to light the links between capitalism, war, militarism, and the material transformations in the living and working conditions of millions of people. Raising the voice against the war, foster transnational vision and communication, connecting struggles and subjects across the fronts, fighting against war and militarism is a fight for different conditions of social reproduction, against exploitation, patriarchy and racism, for better wages, a climate class conflict.

No updated internationalism can arise following old models or based on geopolitical analysis; no power can be accumulated only in the local dimension. With the European elections looming on the horizon, the risk is that of a balance between further war policies and an acceleration of the rise of the right-wing, thriving on militarism, leading to a further compression of the spaces of struggle. Breaking the fronts of the war and practicing a transnational politics of peace to keep open spaces for organization and struggle is the urgent task we must continue to bring on.

**»Militarism
becomes today's
›there is no alternative‹
updated to the
Europe at war.«**



Rheinmetall-Entwaffnen-Blockade mit Barrikaden rund um die Waffenfabrik in Unterlüß, 2019.



Für ein Ende der Gewalt

Interventionistische Linke Frankfurt, Ende November 2023

Am 7. Oktober verübten die Hamas und ihre Verbündeten mit ihrem Terrorüberfall auf Israel ein beispielloses antisemitisches Massaker. Mehr als 1.200 Menschen, überwiegend Jüd:innen, wurden brutal ermordet, viele Weitere verletzt, vergewaltigt, vertrieben und traumatisiert. Noch immer werden über 200 Geiseln im Gazastreifen festgehalten, ihre Situation ist unklar. Die israelische Regierung antwortete mit einer kompletten Abriegelung des Gazastreifens, inklusive lebensnotwendiger Güter wie Essen, sauberes Wasser, Medizin und Treibstoff für (Strom-)Generatoren, und startete umfassende Luft- und Artillerieangriffe. Seit dem 27. Oktober ist die israelische Armee in den Gazastreifen einmarschiert und hat ihn in Norden und Süden geteilt. 1,5 Millionen Palästinenser:innen wurden vertrieben, weit über 10.000 getötet und ermordet, Zehntausende verletzt oder unter Trümmern begraben.

Während wir täglich Berichte und Bilder dieser furchtbaren Eskalation sehen, nimmt die antisemitische Gewalt zu. Pro-palästinensische Demonstrationen werden polizeilich drangsalieren oder unterbunden. In den deutschen Feuilletons überschlagen sich vermeintliche Wahrheiten und Anschuldigungen. Öffentliche Veranstaltungen werden abgesagt, Referent:innen ausgeladen, Kooperationen aufgelöst.

Als radikale Linke straucheln wir und versuchen, das Ausmaß an Gewalt und militärischer Vergeltung zu begreifen, das sich mit und seit dem 7. Oktober materialisiert. Auf keinen Fall wollen wir uns in den Abgrund der Entmenschlichung und Kriegslogik hineinziehen lassen, der sich ausbreitet – auch und vor allem hierzulande. Sprechen wir also mit all jenen, deren Herzen voller Schmerz sind, die aber trotzdem begreifen und eine politische Haltung entwickeln wollen.

Das Recht auf Leben - für alle

Zu sagen, was ist, scheint selbst einigen unserer Freund:innen und Genoss:innen schwer zu fallen. Zu groß sind die Fliehkräfte der Polarisierung, zu abscheulich sind die begangenen Verbrechen der Hamas, zu gewaltsam das militärische Vorgehen der israelischen Regierung, zu groß die Angst, etwas Falsches zu sagen. Als Linke sollten wir dem vorherrschenden Positionierungsdruck widerstehen und uns einem Bekennniszwang entziehen, dem es nur um die eigene »Wahrheit«, nicht aber um Verständnis geht. Wir wollen und können uns auf keine andere Seite stellen, als die der Menschen, die unter dem Terror, den Raketen und der Besatzung leiden, die ihre Liebsten verlieren und um ihr eigenes Leben fürchten, deren Stimmen im Kriegsgetöse untergehen, die sich der Kriegslogik entziehen und die trotz des religiösen und nationalistischen Taumels nicht aufhören, ihre Kämpfe von unten zu führen.

Angesichts der allgemeinen rhetorischen, wie militärischen Entmenschlichung, der unbedingten Rechtfertigung des militärischen Vorgehens – trotz dessen offensichtlicher Entgleisung –, gilt es, das Recht auf Leben für alle zu verteidigen, wenn es sonst niemand mehr tut. Es gilt, alle Toten zu betrauern und das Leid der Anderen empathisch anzuerkennen, auch wenn die eigene Verletzung und die Wut tief sein mögen. Es gilt, die Rechtfertigung des Horrors durch vorangegangene Verbrechen konsequent zurückzuweisen. Die Unteilbarkeit der Menschenrechte darf nicht aufgegeben werden. Eine Linke, die hinter diesem Anspruch zurückbleibt, kann einpacken. Es gilt, sich der falschen Polarisierung zu entziehen, das Entweder-oder zurückzuweisen und auf einer dritten Position der Menschlichkeit und der Befreiung zu beharren. Gerade im Angesicht des Abgrunds. Daraus folgt für uns: Die Geiseln müssen freigelassen werden, jetzt sofort. Der Krieg und die Gewalt müssen aufhören, jetzt sofort.

Die Logik des Krieges

Was in Israel, Gaza und auch in der Westbank seit dem 7. Oktober passiert, ist eine neue Eskalationsstufe in einem jahrzehntelangen Konflikt. Auch wenn es kein Konflikt ist wie jeder andere: Gerade jetzt erscheint es uns lohnenswert, die aktuelle Eskalation in den größeren Kontext einer sich weltweit ausbreitenden Logik des Krieges einzuordnen – und zu versuchen, eine umfassende antimilitaristische Kritik zu entwickeln. Das bedeutet:

- Die Logik des Krieges befeuert auf allen Seiten Autoritarismus, Nationalismus und Homogenisierung. Widersprüche werden überdeckt durch nationalen Konsens. Es geht darum, das eigene Leben auf Kosten des Lebens des antisemitisch oder rassistisch entwerteten Gegenübers zu verteidigen. Zuerst gilt es deshalb, die behauptete Homogenität beider Seiten zurückzuweisen. Erinnern wir an die vielfachen politischen und sozialen Widersprüche, die sowohl innerhalb der israelischen als auch der palästinensischen Gesellschaft bestehen und die für die Dynamik des Konflikts zentral sind – auch und gerade, weil sie aktuell keine Rolle mehr zu spielen scheinen: Widersprüche zwischen oben und unten, rechts und links, religiös und säkular, autoritär und demokratisch, reaktionär und emanzipatorisch. Erinnern wir an die monatelangen Proteste gegen die Justizreform der rechtsextremen Regierung Netanjahu, an den Mut israelischer und palästinensischer Friedensaktivist:innen und daran, dass die islamistische Hamas ebenso wie rassistische Siedler:innen Feinde der Linken sind.

- Sicherheit wird sich nie herstellen über Zäune, Mauern, Aufrüstung und Krieg. Auch wenn es realpolitisch aktuell in unendlich weiter Ferne erscheint: Sicherheit für Jüd:innen und Palästinenser:innen gleichermaßen kann es nur geben unter den Bedingungen von Frieden, Gerechtigkeit und Gleichheit. Sicherheit kann es nur geben, wenn emanzipatorische Bewegungen die Spaltung in nationalistisch, rassistisch und antisemitisch gesetzte Grenzen zurückweisen und Befreiung von unten erkämpfen.

- Die aktuelle Eskalation wäre undenkbar ohne die Einflussnahme geopolitischer Konfliktparteien. Ihr erstes Interesse gilt nicht der Verteidigung palästinensischen oder jüdischen Lebens, sondern der eigenen Position in der geopolitischen und kapitalistischen Konkurrenz in der Region. Bei der Hamas sind dies unter anderem der Iran, die Türkei und Katar, bei Israel Deutschland, die USA und Europa. In diesem Sinne geht es beim aktuellen Konflikt immer auch um die regionale Hegemonie im Nahen Osten und letztlich um die Frage der globalen Kräfteverhältnisse.

- Die Eskalation im Nahen Osten ist Teil einer weltweiten Kriegsdynamik. Bei aller Unterschiedlichkeit und Besonderheit der Situation: Auch dieser Konflikt ist Teil einer Welle kriegerischer Auseinandersetzungen der letzten Jahre. Die Zunahme von Autoritarismus und Gewalt, von polizeilichen und militärischen Maßnahmen, die Wiederkehr des Krieges auch in vermeintlich friedlichen Regionen und die allgemeine Militarisierung des Gesellschaftlichen sind die Reaktionen der Herrschenden auf eine Welt, die sich zunehmend der Kontrolle entzieht und vor unseren Augen zerbricht. Dabei bringen Gewalt und Krieg selbst nurmehr weitere Zerstörung, Verrohung und Brutalisierung hervor - eine Antwort auf die Krisen sind sie nicht.

Deutsche Zustände

Wenn wir uns hierzulande, in Deutschland, zum Krieg in Israel und Palästina äußern, wenn wir uns in der und gegen die globale Logik des Krieges verorten, so tun wir dies unter besonderen Bedingungen. Wir tun dies im Land der Täter der Shoa, im Land von Vergangenheitsentsorgung und Leitkultur. Bei den Debatten um Israel und Palästina geht es hierzulande auch und zuallerst immer um Deutschland und die Verschiebung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse in diesem Land.

Unter diesem Gesichtspunkt waren die letzten Wochen seit dem 7. Oktober verheerend. Es wird über die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen der Hamas und den Nazis fabuliert und so die brutalen Verbrechen des Nationalsozialismus relativiert. Andererseits wird mit der notwendigen Kritik des Antisemitismus dort begonnen und aufgehört, wo die rassistische Mehrheitsgesellschaft ohnehin den Ursprung allen Übels verortet: in der Einwanderungsgesellschaft und den migrantisch geprägten Vierteln der Großstädte, bei den Muslim:innen oder solchen, die dafür gehalten werden. Die Logik ist beide Male die gleiche: Wer Antisemit ist, das bestimmen die Deutschen – es waren und es sind immer die Anderen.

Doch Antisemitismus ist eben kein »importiertes« Problem. Davon zeugen das Attentat von Halle, die Wahlergebnisse und die Normalisierung der AfD, die Flugblattaffäre um Hubert Aiwanger, die Vernichtungsphantasien von Reichsbürgern und rechten Netzwerken in den Unsicherheitsbehörden und nicht zuletzt die Kontinuität der historisch krachend gescheiterten Entnazifizierung.

Umso abstoßender ist es, wenn die herrschende Politik – längst nicht nur von rechts – den Antisemitismus-Vorwurf dafür instrumentalisiert, rassistische Polizeikontrollen und Migrationspolitiken, Demoverbote und Abschiebungen zu rechtfertigen. Auf Demos soll nur noch Deutsch gesprochen oder besser gleich die Fresse gehalten werden. Habeck inszeniert sich als Antifaschist und ist doch keiner. Antifaschismus bedeutet, die Menschlichkeit gegen die Verrohung zu verteidigen, sich gegen rassistische Polizei- und Staatsgewalt zu wehren UND sich schützend vor Synagogen zu stellen. Antifaschismus ist universell. Habecks Antifaschismus hingegen bedeutet Abschiebung und Polizeistaat. Er gilt nur für die einen und nicht für die anderen. Er hat den Namen nicht verdient. Antifaschismus ist unteilbar – oder er ist keiner.

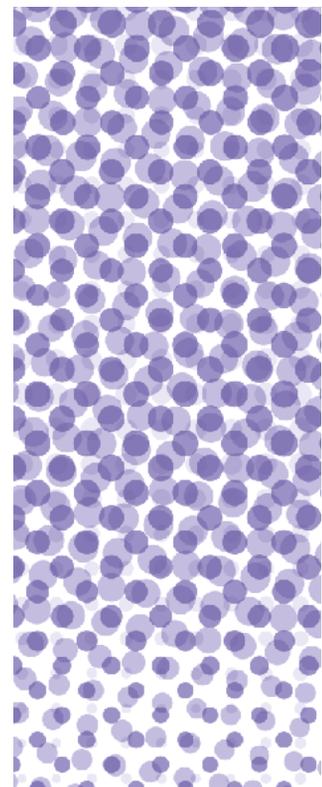
Es ist kein Zufall, dass sich die Logik des Krieges mit einer Logik der Abschottung verbindet. Die Politik der Mauern und der rassistischen Ausschließung geht Hand in Hand mit der Vorstellung, die katastrophischen Zustände der Welt mit militärischer Gewalt in den Griff bekommen zu können. Es ist die Logik der autoritären Kippunkte der bürgerlichen Mitte. Einmal mehr wird der Rahmen dessen, was als moralisch vertretbar gilt, autoritär verengt. Einmal mehr bleibt zwischen zwei Polen kein Raum mehr für Zwischentöne. Einmal mehr muss die vermeintliche Verteidigung demokratischer Rechte dafür gehalten, ebenjene zu beschneiden. Der Ausnahmezustand und die damit einhergehende Autoritarisierung haben ihren festen Platz in der Logik des Krieges.

Diese Politik der gewaltvollen Entmenschlichung wird aber nicht nur von oben betrieben. Synagogen und Moscheen werden angegriffen. Wohnhäuser von Jüd:innen werden mit Davidsternen beschmiert, Jüd:innen haben Angst, sich in der Öffentlichkeit zu bewegen und ihre Schulen, Gemeindezentren und Gebetshäuser zu besuchen. Palästinensischen Schüler:innen, die große Teile ihrer Familie verloren haben, wird untersagt, öffentlich Trauer zu zeigen. Ihre Toten scheinen keine Bedeutung zu haben. In all dem zeigt sich die gewaltvolle Seite einer gesamtgesellschaftlichen Rechtsverschiebung, über die plötzlich nicht mehr gesprochen wird – denn auch die Gewalt ist immer das Problem der »Anderen«. Die Selektivität von Anteilnahme, Empathie und dem Zugestehen von Rechten wird von der Ausnahme zum Standard und führt zum gesellschaftlichen Bruch mit den Betroffenen, die man kalter Einsamkeit überlässt.

Doch die Gewalt ist eben Teil dieser, unserer Gesellschaft. Und sie wird es mit jedem Tag mehr, an dem Antisemitismus und Rassismus, Abschottung und Militarisierung, Entdemokratisierung und Autoritarismus um sich greifen. Die Logik des Krieges befeuert all dies. Und sie be-

dient das neoliberale Projekt der Austerität: Jeder Euro Sondervermögen und Rüstungsetat beschert Konzernen wie Rheinmetall und Airbus Milliardenengewinne, fehlt aber im Sozialstaat. In diesem Sinne haben die Kosten der Kriege wir alle zu tragen, in Form von mehr Ausbeutung, mehr sozialer Spaltung und mehr Gewalt – auch wenn wir von dieser ganz unterschiedlich betroffen sind.

Was bedeutet es nun, sich der Logik des Krieges zu entziehen – in dem vollen Wissen, dass wir es nicht sein werden, die das Sterben in Israel und Palästina beenden können? Sagen wir, was ist. Widerstehen wir dem Bekenntniszwang. Beharren wir darauf, dass Solidarität unteilbar ist. Zeigen wir klare Kante und greifen die Kriegstreiber, die Rassisten und die Antisemiten an. Bilden wir neue Allianzen und strecken die Hände aus zu all jenen, die sich der Verrohung entgegenstellen. Tragen wir die kleine Flamme der Solidarität in die Dunkelheit. Bleiben wir menschlich.



**»Die Unteilbarkeit
der Menschenrechte
darf nicht aufgegeben
werden. Eine Linke,
die hinter diesem An-
spruch zurückbleibt,
kann einpacken.«**

Globales Kriegsregime: Das Desertieren neu denken

Michael Hardt und Sandro Mezzadra, erschienen am 6. Juni 2024 in der Nr. 23 der WOZ

Wir scheinen in eine Phase des endlosen Krieges eingetreten zu sein. Sie betrifft den ganzen Globus und rüttelt an den zentralen Knotenpunkten des Weltsystems. Alle zeitgenössischen Konflikte haben ihre je eigene Genealogie, ihre eigenen Wetteinsätze und Risiken, aber es lohnt sich, einen Schritt zurückzutreten, um sie in einem größeren Zusammenhang zu sehen. Unsere Hypothese lautet, dass sich gerade ein globales Kriegsregime herausbildet – ein Regime, in dem Regierungs- und militärische Verwaltungen eng mit kapitalistischen Strukturen verflochten sind. Um die Dynamik der einzelnen Kriege zu begreifen und ein passendes Projekt des Widerstands zu formulieren, müssen wir zuerst die Konturen dieses Regimes verstehen.

Rhetorik und Praktiken globaler Kriegsführung haben sich seit den frühen 2000er Jahren dramatisch verändert. Damals waren noch Begriffe wie »Schurkenstaat« und »gescheiterter Staat« die ideologischen Schlüsselkonzepte, mit denen man den Ausbruch militärischer Konflikte erklärte, die definitionsgemäß stets an der Peripherie stattfanden. Voraussetzung dafür war ein stabiles und effizientes internationales Regierungs- und Kontrollsystem, angeführt von den führenden Nationalstaaten und globalen Institutionen.

Heute steckt dieses System in einer Krise und ist unfähig, die Ordnung aufrechtzuerhalten. In bewaffnete Konflikte, wie jene in der Ukraine und in Gaza, sind ein paar der weltweit mächtigsten Akteure involviert, was das Gespenst

einer nuklearen Eskalation heraufbeschwört. Der Erklärungsansatz der Weltsystemtheorie hat solche Umbrüche üblicherweise als Zeichen einer hegemonialen Wende angesehen, vergleichbar mit den beiden Weltkriegen des 20. Jahrhunderts, die den Übergang von einer britischen zu einer globalen Hegemonie der USA markierten. Aber im heutigen Kontext bedeutet dieser Umbruch keinen klaren Machttransfer: Der Niedergang der US-Hegemonie läutet bloss eine Phase ein, in der die Krise zur Norm geworden ist.

Autoritätskult und Logistik

Wir schlagen also vor, diese neue Phase mit dem Begriff »Kriegsregime« zu erfassen. Dieses Regime ist zuallererst in der Militarisierung des Wirtschaftslebens zu erkennen und in dessen zunehmender Ausrichtung an den Anforderungen einer »nationalen Sicherheit«. Nicht nur werden immer mehr öffentliche Gelder für die Aufrüstung bereitgestellt, sondern die wirtschaftliche Entwicklung als Ganzes ist auch immer stärker von Militär- und Sicherheitslogiken geprägt, wie der spanische Aktivist und Philosoph Raúl Sánchez Cedillo im Buch »Dieser Krieg endet nicht in der Ukraine« schreibt. Auch die außerordentlichen Fortschritte auf dem Gebiet der künstlichen Intelligenz werden zu einem großen Teil von Militärinteressen und Kriegstechnologien vorangetrieben. Logistische Kreisläufe und Infrastrukturen sind eben-

falls an bewaffnete Konflikte und Operationen angepasst. Die Grenzen zwischen dem Ökonomischen und dem Militärischen verwischen zusehends; in einigen Wirtschaftsbereichen sind sie bereits ganz verschwunden.

Das Kriegsregime zeigt sich aber auch in einer Militarisierung des Sozialen: manchmal explizit, indem jeder Widerstand einfach unterdrückt wird oder wenn sich plötzlich alle um eine Nationalflagge scharen. Aber es gibt auch allgemeinere Erscheinungsformen, etwa in Form eines wachsenden Autoritäts- und Machtkults auf ganz unterschiedlichen Stufen der Gesellschaft. Die feministische Kritik an dieser Militarisierung betont schon länger die toxischen Männlichkeiten, die sie befördert, wie auch andere Verzerrungen, die allen sozialen Beziehungen und Konflikten eine militärische Logik aufzwingen.

Rechte Galionsfiguren wie Jair Bolsonaro, Wladimir Putin und Rodrigo Duterte ziehen eine klare Verbindung zwischen ihrem militaristischen Ethos und ihrer Liebe zu gesellschaftlichen Hierarchien. Und sogar wenn es nicht so deutlich artikuliert wird, können wir die Verbreitung eines reaktionären politischen Repertoires beobachten, das Militarismus mit gesellschaftlicher Repression verknüpft: Rassistische und sexistische Hierarchien werden verschärft; Migrant:innen werden attackiert und entrechtet; Abtreibungen werden massiv erschwert oder ganz verunmöglicht; die Rechte von Schwulen, Lesben und trans Menschen werden ausgehöhlt – während gleichzeitig die Gefahr eines heraufziehenden Bürgerkriegs beschworen wird.

»Angesichts der beschriebenen Kriegsmaschine sollten wir uns fragen, wer von deren anhaltendem Scheitern profitiert und was sich hinter ihren vordergründigen Zielen verbirgt«

Scheiternde Kriegsmaschine

Das aufkommende Kriegsregime zeigt sich auch im scheinbar paradoxen anhaltenden Scheitern hegemonialer Kriegskampagnen. Seit mindestens einem halben Jahrhundert verlieren die USA alle ihre Kriege, von Vietnam bis Afghanistan und dem Irak, obwohl ihre Armee die am grosszügigsten finanzierte und technologisch fortgeschrittenste auf dem Planeten ist. Ein Symbol dieses Scheiterns ist der Militärhelikopter, der die letzten amerikanischen Armeeeingehörigen davonträgt und eine in vielerlei Hinsicht zerstörte Landschaft hinterlässt. Warum scheitert eine solche hochgerüstete Kriegsmaschine ein ums andere Mal? Eine naheliegende Antwort lautet, dass die USA nicht mehr der imperialistische Hegemon sind, als den einige sie immer noch sehen. Die Dynamik des Scheiterns legt aber auch die umfassende globale Machtstruktur bloss, die solche Konflikte aufrechterhält. Hier lohnt sich ein Blick zurück auf Michel Foucaults Analysen zum anhaltenden Unvermögen der Gefängnisse, ihre angestrebten Ziele zu erreichen. Obwohl seit jeher darauf angelegt, kriminelles Verhalten zu korrigieren und zum Besseren zu verändern, hat das Strafvollzugssystem, wie Foucault bemerkt, oft das Gegenteil bewirkt: steigende Rückfallraten, verurteilte Täter, die noch tiefer in die Kriminalität abrutschen, und so weiter. »Vielleicht«, so schlägt er vor, »sollte man das Problem umkehren und sich stattdessen fragen, wer oder was vom Versagen des Gefängnisses profitiert [...]. Vielleicht sollte man versuchen herauszufinden, was sich hinter dem offenkundigen Zynismus der Strafjustiz verbirgt«.

Angesichts der beschriebenen Kriegsmaschine sollten wir das Problem ebenfalls umkehren und uns fragen, wer von deren anhaltendem Scheitern profitiert und was sich hinter ihren vordergründigen Zielen verbirgt. Dabei entdecken wir keine Intrige militärischer und politischer Führer, die hinter verschlossenen Türen Ränke schmieden. Vielmehr zeichnet sich etwas ab, was Foucault ein »gouvernementales Projekt« nennen würde.

Umkämpfte Machtverteilung

Die endlose Parade bewaffneter Konfrontationen, gross und kleiner, dient der Unterstützung einer militarisierten Regierungsstruktur, die an unterschiedlichen Orten unterschiedliche Formen annimmt und auf mehreren Ebenen von Kräften dirigiert wird, zu denen die führenden Nationalstaaten, die supranationalen Institutionen und die konkurrierenden Kapitalbereiche gehören. All diese Akteure stimmen manchmal miteinander überein, manchmal geraten sie aber auch in Konflikte.

Das enge Verhältnis zwischen Krieg und den Kreisläufen des Kapitals ist nichts Neues. Die moderne Logistik hat militärische Wurzeln im Kolonialismus und im transatlantischen Sklav:innenhandel. Doch die gegenwärtige politische Lage ist geprägt davon, dass »Geopolitik« und »Geoökonomie« zunehmend ineinandergreifen, während andauernd Räume von Wertschöpfung und Akkumulation erschaffen und erneuert werden, die sich rund um die Welt mit der umkämpften Verteilung von politischer Macht kreuzen.

Die logistischen Probleme der Coronapandemie bildeten die Kulisse für eine Reihe nachfolgender militärischer Unruhen. Bilder von Containern, die in Häfen feststeckten, signalisierten, dass der Welthandel ins Stocken geraten war. Konzerne unternahmen verzweifelte Versuche, die Krise zu bewältigen, indem sie alte Handelsrouten neu erschlossen oder neue eröffneten. Darauf folgten die Invasion der Ukraine und die logistischen Unterbrüche, die sich daraus ergaben. Der Öl- und Gashandel von Russland nach Deutschland war eines der weitreichendsten Opfer dieses Krieges, vor allem nach

Die deutsche Ökonomie stagniert, und mehrere weitere EU-Mitgliedstaaten sahen sich gezwungen, ihre Energieversorgung neu zu organisieren, indem sie mit nordafrikanischen Staaten Verträge aushandelten. Russland hat seine Energieexporte in Richtung Osten umgeleitet, vor allem nach China und Indien. Dank neuer Handelsrouten – zum Beispiel via Georgien – kann Russland die westlichen Sanktionen zumindest teilweise umgehen. Diese Reorganisation logistischer Räume ist eindeutig eine der wesentlichen Komponenten des Konflikts.

»Was wir erneuern und ausweiten müssen, ist eine nichtnationale Form von Internationalismus, die in der Lage ist, den globalen Kreisläufen des heutigen Kapitals entgegenzutreten«

der spektakulären Sabotage der Nordstream-Pipeline in der Ostsee. Plötzlich sprachen alle wieder von Nearshoring oder Friendshoring als Strategien, um die westlichen Wirtschaften von den Energievorräten Moskaus zu entwöhnen. Der Krieg brachte auch den Fluss von Weizen, Mais und Ölsaaten ins Stocken. In Europa schossen die Energiepreise in die Höhe; in Afrika und Lateinamerika wurden Grundnahrungsmittel knapp; zwischen Polen, der Tschechischen Republik und der Ukraine kam es zu Spannungen, nachdem die Exportbeschränkungen für landwirtschaftliche Produkte aus der Ukraine aufgehoben worden waren.

Zunehmende Fragmentierung

Auch in Gaza sind Abmachungen zu Logistik und Infrastruktur entscheidend, obwohl sie oft durch das unerträgliche Gemetzel verschleiert werden. Die USA hatten gehofft, der Wirtschaftskorridor Indien – Naher Osten – Osteuropa, der sich von Indien bis nach Europa erstreckt und durch die Vereinigten Arabischen Emirate, Saudi-Arabien, Jordanien, Israel und Griechenland führt, könnte ihren regionalen wirtschaftlichen Einfluss stärken und ein Gegengewicht zu Chinas »Neuer Seidenstraße« bilden.

Dies hing aber ab vom Projekt einer Normalisierung der arabisch-israelischen Beziehungen, die durch den herrschenden Krieg womöglich endgültig unterhöhlt worden sein könnten. Darüber hinaus haben die Angriffe der Huthis im Roten Meer die großen Schiffsunternehmen dazu gezwungen, den Suezkanal zu meiden und längere, teurere Routen zu nehmen. Die US-Armee baut nun einen Hafen vor der Küste Gazas, angeblich, um Hilfslieferungen zu ermöglichen. Die palästinensischen Organisationen wiederum behaupten, dessen eigentlicher Zweck sei die Ermöglichung ethnischer Säuberungen.

Die Kämpfe in der Ukraine und in Gaza sind zwei Beispiele dafür, wie weltweit Kapitalräume neu erschaffen werden. Schlüsselorte der Zirkulation werden unter einem Kriegsregime und durch die aktive Intervention einzelner Nationalstaaten umgestaltet. Voraussetzung dafür ist eine Vermischung politischer und ökonomischer Logik. Noch viel offensichtlicher ist dieses Phänomen in der indopazifischen Region: Wachsende Spannungen im Südchinesischen Meer und Militärallianzen wie Aukus (ein Militärbündnis zwischen Australien, Großbritannien und USA) beeinflussen

dort ökonomische Netzwerke wie die »Umfassende und fortschrittliche Vereinbarung für eine Trans-Pazifische Partnerschaft« (eine Freihandelszone, gebildet von Australien, Brunei, Kanada, Chile, Japan, Malaysia, Mexiko, Neuseeland, Peru, Singapur und Vietnam). In dieser Übergangszeit kann jeder Konflikt oder Unterbruch einer Lieferkette diesem oder jenem Staat oder kapitalistischen Akteur dienlich sein. Doch durch eine zunehmende räumliche Fragmentierung und das Entstehen unvorhersehbarer Hindernisse ist das System als Ganzes in Bedrängnis geraten.

Im Widerstand gegen das globale Kriegsregime sind Rufe nach Waffenstillständen und Waffenembargos unabdingbar. Von grundlegender Bedeutung für den gegenwärtigen Moment ist aber auch eine kohärente internationalistische Politik. Koordinierte Praktiken des Desertierens sind notwendig, damit sich Menschen radikal aus dem herrschenden Status quo befreien können. Zur Zeit der Niederschrift dieses Textes zeichnet sich ein solches Projekt am deutlichsten in der globalen Solidaritätsbewegung mit Palästina ab.

Ein breiter sozialer Wandel

Im 19. und 20. Jahrhundert hat man Internationalismus oft als Solidarität unter nationalen Projekten verstanden. Dies ist auch heute noch manchmal der Fall, etwa bei der Klage, die Südafrika wegen Verdachts auf Verletzung der Uno-Völkermordkonvention durch die israelische Militäroperation in Gaza vor dem Internationalen Gerichtshof eingereicht hat. Doch das Konzept einer nationalen Befreiung, das den antikolonialen Kämpfen der Vergangenheit als Grundlage diente, scheint zunehmend außer Reichweite zu sein. Während der Kampf um palästinensische Selbstbestimmung anhält, ist die Aussicht auf eine

»Der Kampf gegen das Kriegsregime muss nicht nur die aktuelle Kriegskonstellation unterbrechen, sondern auf einen breiteren sozialen Wandel hinwirken.«

Zweistaatenlösung und einen souveränen palästinensischen Staat zunehmend unrealistisch. Wie könnten wir also ein Projekt der Befreiung gestalten, ohne eine nationale Souveränität anzustreben? Was wir erneuern und ausweiten müssen, ist eine nichtnationale Form von Internationalismus, die in der Lage ist, den globalen Kreisläufen des heutigen Kapitals entgegenzutreten; die Basis dafür liefern marxistische und panafrikanistische Traditionen. Internationalismus ist kein Kosmopolitismus: Er muss konkreter, materieller und lokaler begründet sein, nicht in abstrakten Forderungen nach Universalismus. Das schließt die Macht von Nationalstaaten nicht aus, stellt sie aber in einen breiteren Kontext. Eine Widerstandsbewegung für die 2020er Jahre müsste ein ganzes Repertoire an Kräften in den Dienst nehmen, einschließlich lokaler und städtischer Organisationen, nationaler Strukturen und regionaler Akteure. Kurdische Befreiungskämpfe zum Beispiel reichen über nationale Grenzen hinaus und beziehen gesellschaftliche Grenzen in der Türkei, in Syrien und im Iran mit ein. Auch indigene Bewegungen in den Anden überwinden solche Spaltungen, während feministische Koalitionen in Lateinamerika und darüber hinaus ein schlagkräftiges Modell für einen nichtnationalistischen Internationalismus liefern.

Die Desertion, die eine ganze Reihe von Fluchtpraktiken umfasst, war lange eine Taktik, die dem Widerstand gegen den Krieg vorbehalten war. Nicht nur Soldat:innen, sondern alle Mitglieder einer Gesellschaft können Widerstand leisten, indem sie sich einem Kriegsprojekt entziehen. Für Kämpfer:innen in der IDF (den israelischen Streitkräften), im russischen Heer oder in der US-Armee ist Desertion weiterhin ein bedeutsamer politischer Akt, der sich in der Praxis allerdings als sehr schwierig herausstellen kann. Dasselbe gilt für ukrainische Soldat:innen, obwohl ihre Lage nochmals sehr anders ist. Aber für diejenigen, die im Gazastreifen gefangen sind, ist Flucht schwerlich eine Option.

Desertieren muss also anders gedacht werden als bisher, um aus dem aktuellen Kriegsregime auszubrechen. Denn wie wir bereits gesehen haben, hält sich dieses Regime nicht an nationale Grenzen und Regierungsstrukturen. In der Europäischen Union kann man sich zwar der nationalen Regierung und deren chauvinistischen Positionen widersetzen. Aber man muss gleichzeitig gegen die supranationalen Strukturen des Handelsblocks selbst kämpfen – und sich zudem bewusst sein, dass sogar Europa als Ganzes kein souveräner Akteur in diesen Kriegen ist. Auch in den USA überlagern die militärischen Entscheidungsstrukturen und Streitkräfte die nationalen Grenzen und umfassen ein großes Netzwerk an nationalen und nichtnationalen Akteuren.

Wie kann man aus einer solchen vielschichtigen Struktur desertieren? Lokale und individuelle Gesten zeigen wenig Wirkung. Eine effektive Praxis benötigt als Grundlage eine kollektive Verweigerung, die international organisiert ist. Die Massenproteste gegen die US-Invasion im Irak, die am 15. Februar 2003 in verschiedenen Städten auf dem ganzen Erdball stattfanden, hatten die supranationale Organisation der Kriegsmaschine korrekt identifiziert. Und sie kündeten von der Möglichkeit eines neuen internationalistischen Antikriegsakteurs. Obwohl sie den Angriff nicht verhindern konnten, schufen sie ein Modell für künftige Praktiken eines Massenrückzugs. Zwei Jahrzehnte später zeugen die Mobilisierungen gegen das Massaker in Gaza, die auf den Straßen und in den Universitäten weltweit aufflammten, von der Entstehung eines »globalen Palästina«.

Progressive Allianzen schmieden

Eines der Haupthindernisse für eine solche befreiende internationalistische Politik ist das Lagerdenken (campism): eine ideologische Herangehensweise, die das politische Feld auf zwei einander feindlich gegenüberstehende Lager reduziert, was oft zum Kurzschluss führt, dass man den Feind des Feindes automatisch als Freund betrachtet. Einige Vertreter:innen der palästinensischen Sache sind bereit, jeden Akteur zu feiern – oder ihn zumindest sehr unkritisch anzugehen –, der Widerstand gegen die israelische Besatzung leistet; einschließlich des Iran und dessen regionaler Alliierten.

Das ist ein verständlicher Impuls in der gegenwärtigen Lage, da die Bevölkerung von Gaza zu verhungern droht und auch sonst schrecklicher Gewalt ausgesetzt ist. Trotzdem führt die binäre geopolitische Logik des Lagerdenkens am Ende direkt zu einer Identifikation mit repressiven und reaktionären Kräften, die gegen die Befreiung arbeiten. Anstatt den Iran oder dessen Alliierte auch nur rhetorisch zu unterstützen, sollte ein internationalistisches Projekt die palästinensischen Solidaritätskämpfe mit den »Frau, Leben, Freiheit«-Bewegungen verbinden, die die Islamische Republik herausfordern. Der Kampf gegen das Kriegsregime muss nicht nur die aktuelle Kriegskonstellation unterbrechen, sondern auf einen breiteren sozialen Wandel hinwirken.

Internationalismus muss also von unten her entstehen, indem lokale und regionale Befreiungsprojekte Möglichkeiten finden, sich Seite an Seite zu engagieren. Aber es braucht auch einen umgekehrten Prozess: Internationalismus sollte darauf hinarbeiten, eine Sprache der Befreiung zu erschaffen, die in ganz unterschiedlichen Kontexten erkannt, verstanden, reflektiert und weiterentwickelt werden kann. Gefragt ist gewissermaßen eine stetig arbeitende Übersetzungsmaschine, die heterogene Kontexte und Subjektivitäten zusammenbringen kann. Ein neuer Internationalismus sollte keine wie auch immer gestaltete weltweite homogene Form annehmen (oder auch nur anstreben), sondern vielmehr radikal unterschiedliche lokale und regionale Erfahrungen und Strukturen kombinieren.

Die Zersplitterung des Weltsystems, die Auflösung strategischer Orte der Kapitalakkumulation und die kontinuierliche Verflechtung von Geopolitik und Geoökonomie: All das hat einem Kriegsregime als vorherrschender Regierungsform den Boden bereitet. Angesichts dieser Entwicklung erfordert das Projekt der Desertion nichts weniger als eine internationalistische Strategie zur Neuerschaffung der Welt.



**»Internationalismus
sollte darauf
hinarbeiten,
eine Sprache der
Befreiung
zu erschaffen.«**



Blockade der Rheinmetallfabrik in Wien in Solidarität mit Rojava, 2019.

Das Kriegsregime als Angriff auf unsere Kämpfe

Warum uns die Militarisierung alle etwas angeht

Internationalismus-AG der IL, Sommer 2024

Kriege und bewaffnete Konflikte nehmen zu

In den letzten Jahren sind die Nachrichten bestimmt durch immer neue bewaffnete Konflikte, Kriege und Eskalationsstufen innerhalb dieser. Zunehmend scheint es zu Konfrontationen zwischen Staaten zu kommen, die das Potenzial haben, noch mehr Staaten und Akteur:innen in die Konfrontation mit hineinzuziehen. Der Krieg in der Ukraine, der Krieg in Gaza und das Säbelrasseln zwischen den USA und China sind Beispiele für solche Konfrontationen, die weltweite Konsequenzen mit sich ziehen. In diesem Klima macht auch der deutsche Staat eine Entwicklung hin zu mehr Aufrüstung durch und fährt außenpolitisch einen eskalativen militärischen Kurs gegen seine Rivalen. Dieses Programm zur Militarisierung wurde bisher am effektivsten von der Ampelregierung durchgesetzt (die »Zeitenwende-Politik«, eingeleitet durch die berühmte 100 Milliarden-Rede), die Ideen und Bemühungen dahingehend sind aber schon wesentlich älter. Der seit einiger Zeit zum Stellungskrieg gewordene, verlängerte Krieg in der Ukraine war jedoch ein starker Beschleuniger dieser Entwicklung, weshalb die immer direktere NATO-Beteiligung (und damit Beteiligung des deutschen Staates) an ihm etwas

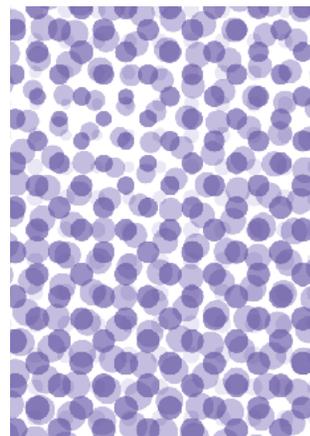
ist, das wir weiterhin thematisieren, die scheinbar alternative Logik der Kriegsbeteiligung bekämpfen müssen. Die Militarisierung des deutschen Staates ist, global betrachtet, keine Besonderheit, sondern eher die Norm der aktuellen Entwicklung. Diese Eskalationen der letzten Jahre sind nicht einfach vom Himmel gefallen, da sich einige Regierungen plötzlich für Kriegskurs, Nationalismus und Expansion entschieden haben. Wir vertreten vielmehr die These, dass die Militarisierung systematisch aus den Entwicklungen des globalen Kapitalismus und der ihn aufrechterhaltenden nationalstaatlichen Ordnung zu erklären ist. Sie stellt keinen vorübergehenden politischen Kurs oder eine nebensächliche Entwicklung dar, sondern sie ist die Richtung, die der Kapitalismus tendenziell einschlägt. Für uns als radikale Linke, die einerseits einen ganzheitlichen Anspruch zur Überwindung dieses Systems haben, andererseits in unterschiedlichen Kampffeldern gegen seine Ausprägungen aktiv sind, hat die Militarisierung weitreichende Konsequenzen für unsere gesamte Praxis. Neben einer Analyse davon, wie sie sich aktuell gesellschaftlich niederschlägt, sollten wir als Organisation nach praktischen Ansätzen in unseren Kämpfen suchen, diese wo möglich verbinden und gemeinsam nach Antworten darauf suchen. Im Folgenden sind einige Entwicklungen und

Ideen skizziert, mit denen wir uns zuletzt beschäftigt haben. Sie kommen vor allem aus unserer Praxis in der Soli-Arbeit mit der kurdischen Bewegung und Arbeit im Bündnis Rheinmetall Entwaffnen. Sie sind bei Weitem nicht abgeschlossen, weswegen wir uns über neue Impulse und Beteiligung freuen werden!

Die letzten Jahrzehnte - »Friedensdividende?«

Die globale Ordnung kapitalistischer Staaten und ihren komplizierten Verhältnissen aus Kooperation und Konkurrenz birgt immer das Potential für militärische Strategien zur Krisenbewältigung und Außenpolitik. Von ungefähr 1990 bis Mitte der 2010er Jahre konnte man von einer grob gesagt »westlichen« Hegemonie (also der USA, EU und ihren Verbündeten sprechen). Die Kriege in diesem Zeitraum wurden vor allem zur Aufrechterhaltung dieser Hegemonie geführt und stellten aus Sicht der »ordnenden« Staaten eher polizeiliche Aktionen gegen Ausbrecher (zum Beispiel Jugoslawien, Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien) dar als Kriege gegen gleichstarke Gegner. Sie nahmen die Form von »Interventionen«¹ an, für die eher kleine, technisch gut ausgerüstete Eingreiftruppen als große, stehende Heere nötig waren. So wurde in der

BRD 1996 das »Kommando Spezialkräfte« (KSK) aufgebaut. Bis auf mediale Berichterstattung bekam der Großteil der (weißen) Bevölkerung des globalen Nordens von dieser Art der Kriegsführung wenig mit, auch weil ökonomisch verhältnismäßig wenig Kapazitäten für ihre Aufrechterhaltung vonnöten waren, zumindest in Deutschland. Trotzdem war der deutsche Staat direkt und indirekt an Kriegen beteiligt, die Hunderttausend, in ihren langfristigen Konsequenzen gar Millionen von Menschenleben kosteten. Von einer im herrschenden Diskurs aktuell behaupteten »Friedensdividende« der letzten Jahrzehnte kann also keine Rede sein.



¹ Das Verteidigungsministerium und die Bundeswehr verwenden den stark verharmlosenden Begriff »Internationales Krisenmanagement«.

Was ist jetzt anders?

Seitdem haben sich die vielfältigen Krisen des Kapitalismus und seine Antworten auf diese zugespitzt. Vor allem die Klimakrise ruft für die konkurrierenden Staaten die Notwendigkeit hervor, sich den Zugang zu Ressourcen auch mehr und mehr militärisch abzusichern. Ob hierbei Strategien der progressiven »Grünen Landnahme« oder des reaktionären fossilen Modells verfolgt werden, hat die gleichen Konsequenzen: Seltene Erden, die der Grüne Kapitalismus braucht, oder fossile Rohstoffe verursachen aufgrund ihrer Knappheit ähnliche Verteilungskonflikte. Einige Länder und Regionen bekommen aus dieser extraktivistischen Perspektive überhaupt erst neue Relevanz, wie z.B. die lithiumreichen Regionen Südamerikas².

Mit China ist zudem seit einiger Zeit eine wirtschaftliche Großmacht aufgestiegen, die den USA und ihren westlichen Verbündeten ernsthafte Konkurrenz macht. Diese Dynamik äußert sich bisher in Form eines »Wirtschaftskriegs« (die kürzlich beschlossenen Schutzzölle gegen chinesische E-Autos), ist aber begleitet von militärischen Machtdemonstrationen und Drohungen auf beiden Seiten. Mehr und mehr Staaten, insbesondere die im globalen Süden, die sowieso in einer systematischen Abhängigkeit stehen, ordnen sich dem einen oder anderen Lager unter, bzw. werden dazu gezwungen. Auch der Krieg in der Ukraine kann teils in diesem Kontext gesehen werden: Während die Ukraine in die totale Abhängigkeit vom Westen getrieben wurde, wird Russland mehr und mehr abhängig von China. Staaten mit

eigenen Großmachtsansprüchen, wie Russland oder die EU-Länder, versuchen sich in dieser Konstellation entweder durch aggressive Expansion (Russland), oder widersprüchliche Bündnispolitik (EU) einen Platz zu sichern. Ob es zu einer direkten militärischen Eskalation kommt oder nicht, der Konflikt USA vs. China wird die Militarisierung global vorantreiben, da sich mehr und mehr kapitalistische Staaten auf Auseinandersetzungen mit gleich starken Gegnern vorbereiten wollen.

² Relativ unbemerkt von der Öffentlichkeit fand kürzlich ein zweiter rechter Putschversuch gegen die Sozialdemokratische Regierung in Bolivien statt: [https://taz.de/Raetsel-um-Putschversuch-in-Bolivien/!6020044/](https://taz.de/Raetsel-um-Putschversuch-in-Bolivien/)

Abschottung und Faschisierung

Der Kampf um die (Neu-) Aufteilung der Welt spielt sich nicht nur zwischen Staaten ab, sondern richtet sich auch gegen die Bevölkerungsgruppen, die im krisenhaften Status quo bereits am meisten Ausbeutung, Unterdrückung und Gewalt erfahren. Jeder Krieg eskaliert in jeder Gesellschaft den patriarchalen Normalzustand. Ein großer Teil der Bevölkerung, meist Männer, werden als Soldaten eingezogen, während vor allem die Frauen, denen – ob mit oder ohne Kinder – die alleinige Sorge-, oft auch die Lohnarbeit zufällt, im schlimmsten Falle aber die Fluchterfahrung oder die Erfahrung militärischer Besatzung tragen müssen. Sexualisierte Gewalt, ob durch Kriegsparteien systematisch angeordnet oder nicht, ist ein struktureller Bestandteil jedes Krieges. Verschärfte staatliche Kontrolle zwecks Rekrutierung, basierend auf der binären Geschlechterordnung, zwingt trans- und nicht-binäre Menschen, sich dieser Ordnung zu unterwerfen.

Der globale Kapitalismus schafft, vor allem durch Krieg und Klimakrise, mehr und mehr Regionen auf der Welt, in denen das menschliche Leben verunmöglicht wird. Auf die Millionen von Menschen, die sich deswegen in der Hoffnung auf Sicherheit und Überlebenschancen auf den Weg machen, antwortet das System und vor allem die Staaten des globalen Nordens mit hochmilitarisierten, tödlichen Grenzregimen. An den EU-Außengrenzen starben seit 1993 fast 50.000 Menschen. Viel größer dürfte allerdings die Zahl der Menschen sein, die auf Umwegen durch die vorverlagerten EU-Außengrenzen in der Sahelzone, oder auf der Flucht durch die tödlichen Routen des nordafrikanischen Kontinents starben. Der Bürgerkrieg im Sudan wäre ohne Beteiligung der EU, die die »Rapid Support Forces« zumindest indirekt finanziell unterstützte, nicht möglich gewesen. Hilfszahlungen an die äthiopische Regierung werden gestoppt, nicht weil diese im Bürgerkrieg 2021 Kriegsverbrechen an hunderttausenden Zivilist:innen beging, sondern weil sie die Migrationsbewegungen nicht mehr nach dem Willen der EU kontrolliert. Flankiert wird diese Abschottungspolitik durch massiven Nationalismus, Rassismus und andere reaktive Ideologien. Das Erstarken rechtsradikaler und völkischer Parteien in der EU, wie der AfD in Deutschland, sind hier von ein Ausdruck, aber neben dem Rechtsruck der Mitte und der staatlichen Strukturen nur ein Teil des Problems.



Rheinmetall-Entwaffnen-Demo in Kiel während des Camps, 2024

Unsere Kampffelder und Perspektiven

Das leitet uns über zur Frage, welche Entwicklungen wir in unseren Kampffeldern (die sich räumlich meist auf die BRD beschränken) zu erwarten haben und welche Perspektiven das für unsere Kämpfe als IL aufmacht. Ziel hiervon sollte sein, in unterschiedlichen Kämpfen abgestimmter und mit einer gemeinsamen Analyse der Militarisierung entgegen treten zu können und Projekte (wie Rheinmetall Entwaffnen und unsere Soli-Arbeit mit der kurdischen Bewegung) zu stärken, die das Thema Krieg und Militarisierung explizit behandeln.

Internationale Solidarität

Die kurdische Bewegung und das emanzipatorische Projekt in Rojava sind für uns seit langem ein Bezugspunkt für internationale Solidarität und Kooperation. Die massive militärische Gewalt seitens des türkischen Staates einerseits, und die Repression durch Staaten der EU und NATO andererseits, die auf eine Bekämpfung dieses Projekts mit einer Strahlkraft für viele Linke weltweit abzielt, zeigen uns die Relevanz einer intensiven Zusammenarbeit. Unsere gegenseitige Anbindung ist jedoch sehr wechselhaft. Um Angebote in diese Richtung zu machen, haben wir u.a. den Bündnisprozess um die Halim-Dener-Gedenk-Demo initiiert und auch die Kampagne Solardarity passt sich gut in diese Überlegungen ein. Sie will neue Impulse in die Rojava-Solidarität bringen, andere Milieus als bisher ansprechen und die Situation vor Ort wieder auf die Agenda setzen. Gleichzeitig haben wir ein bilaterales Gesprächsformat mit den kurdischen Freund:innen,



Morgendliche Blockade von Krauss-Maffei Wegmann in Kassel, 2020.

das durch direkte inhaltliche Verständigung diesen Prozess flankieren soll. Außerdem nehmen Genoss:innen von uns regelmäßig an Bildungsangeboten der Akademie für demokratische Moderne teil oder sind neben der IL an Soli-Strukturen beteiligt. Hier gilt es, die Zusammenarbeit mehr zu konkretisieren, uns durch gegenseitigen Austausch kampffähiger zu machen. Der deutsche Staat und die deutsche Rüstungsindustrie sind jedoch für weit mehr kriegerische Eskalation weltweit verantwortlich. Der seit dem Angriff der Hamas am 7. Oktober letzten Jahres geführte Krieg gegen die Bevölkerung in Gaza wird nicht nur durch Waffenlieferungen, sondern auch durch politischen Willen der Regierung weiterhin unterstützt. Trotz gewaltsamer Repression und diskursiver Ausgrenzung aus der Mehrheitsgesellschaft

hat sich seitdem eine anhaltende solidarische Bewegung gebildet, die mit Nachdruck und Regelmäßigkeit auf die Straßen geht. Die Proteste gewinnen ein Momentum, aber erscheinen weiterhin als weitgehend isolierte migrantische Proteste. Die zentrale Frage in dieser Lage ist: Wie kann man aus diesen isolierten, migrantischen Protesten eine progressive Friedensbewegung aufbauen, die die Spaltung in migrantisch und mehrheitsdeutsch überwindet? Diese Spaltung geht nicht nur durch die weiße deutsche Mehrheitsgesellschaft, sondern auch durch die gesellschaftliche wie radikale Linke. Die deutsche Komplizenschaft bei den Kriegsverbrechen zu thematisieren (Forderung nach einem dauerhaften Stopp der Waffenlieferungen) wäre ein Ansatzpunkt für eine breite Bewegung, während das Potential für eine grundlegende linke

Staats- und Kapitalismuskritik durch das Starkmachen linker Inhalte jenseits der Motivation aus Betroffenheit oder einer grundlegend humanitären Position nach wie vor vorhanden ist.

Neben der Bewegung auf der Straße bietet die deutsche Rüstungsindustrie eine praktische Angriffsfläche für zugespitzte Aktionen, weshalb wir eine starke IL-Beteiligung am Rheinmetall-Entwaffnen-Camp im September sowie am Bündnis generell für politisch richtig und notwendig erachten.

Soziale Kämpfe und Arbeitskämpfe

Der Umbau der Gesellschaft hin zu einer Kriegswirtschaft, die den Ausbau militärischer Kapazitäten vor anderen Bereichen priorisiert, ist zurzeit von allen regierenden Parteien (oder solchen, die es bald werden könnten) in der BRD gewollt und wird weitreichende Konsequenzen für alle anderen Kämpfe haben, an denen wir beteiligt sind. Nicht nur die finanzielle Verteilung zugunsten des Militärs im Haushalt (mit gleichzeitiger Aufrechterhaltung des Sparzwangs für alle anderen Bereiche), auch die Prioritätensetzung bei Bauvorhaben und Arbeitsplätzen wird den schon bestehenden Sozialabbau massiv vorantreiben. Angesichts dessen, dass sich der Wohnungsbau in einer massiven Krise befindet, während Krankenhäuser geschlossen werden, während Rheinmetall Rekordumsätze und Expansion erlebt und die Bundeswehr ihre Standorte wieder ausbauen will, lassen sich soziale Kämpfe anhand der Frage der Militarisierung führen. Auch wenn die Gewerkschaften den Kriegskurs bisher teils mitgetragen haben³, regt sich vielerorts Widerstand⁴. Auch hier können wir mit einer klaren Position gegen Krieg und Aufrüstung intervenieren.

³ Beispielsweise gab die IG Metall, gemeinsam mit dem Bundesverband der deutschen Rüstungsindustrie und dem SPD-Wirtschaftsforum die Absicht bekannt, die kommenden Aufrüstungsprogramme zu unterstützen.

⁴ Zum Beispiel in der Basiskampagne »Gewerkschaften gegen Aufrüstung« oder von der GEW gegen die steigende Bundeswehrpräsenz an Schulen.

Widerstand gegen die Wehrpflicht und soldatische Männlichkeit

Dass trotz intensiver Werbung und Propaganda immer noch nicht genügend junge Menschen Lust haben, sich in der Bundeswehr für staatliche Interessen zu verpflichten und das Töten (und eventuelle Sterben) dafür nicht in Kauf nehmen wollen, sollte uns natürlich Anlass zur Beruhigung geben. Dem Staat ist das jedoch ein Dorn im Auge. Um das Ziel von 203.000 Soldat:innen zu erreichen, wird jetzt zunächst ein selektiver Wehrdienst eingeführt. Eine Wehrpflicht, oder allgemeine Dienstpflicht ist jedoch damit nur aufgeschoben. Neben dem direkten Zwang gibt es im herrschenden Diskurs eine Heroisierung des Soldat:innenberufs als besonders »sinnstiftend«. Überlegungen, an den Schulen regelmäßige Übungen für den »Ernstfall« durchzuführen, und generell eine gesteigerte Bundeswehrpräsenz an Schulen zeigen, dass das Militär mehr in den Alltag Minderjähriger integriert und normalisiert werden soll. Die Bundeswehr und die aktuelle Regierung bemühen sich zwar, Menschen aller Geschlechter für den Beruf zu begeistern, ein diverseres Militär gar als feministisch zu verkaufen, doch in der Realität springen darauf

vor allem junge Männer mit einem rechten Weltbild an. Eine CDU – oder gar AfD – verwaltete Militarisierung würde den Zusammenhang von soldatischer Männlichkeit, reaktionärer Rollenverteilung und Nationalismus noch expliziter, wahrscheinlich auch gesetzlich in Form gießen. Eine explizit feministische Kritik und zuge-spitzte feministische Aktionen gegen Krieg und Kriegsdienst werden notwendig und von der antimilitaristischen Bewegung bereits im Ansatz versucht⁵. Ob junge Menschen und Jugendliche in Deutschland auf die Wehrpflicht mit Widerstand reagieren oder sie als nationalistisches Identitätsangebot annehmen, hängt stark davon ab, wie sichtbar antimilitaristische, linke Positionen in der Gesellschaft sind. Eine Kampagne gegen die Wehrpflicht oder zuge-spitzte Aktionen gegen die Bundeswehr sind hier mögliche Perspektiven.

⁵ Zum Beispiel im Bündnis »Rheinmetall Entwaffnen«: Erklärung zum 8. März für einen antimilitaristischen Feminismus; Feministisches Kommuniqué 2022.

Klimagerechtigkeit

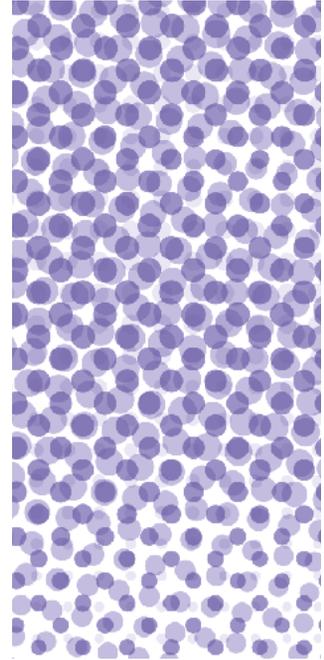
Die internationale Klimagerechtigkeitsbewegung sieht sich seit jeher militarisierter Repression ausgesetzt. Auseinandersetzungen um neokoloniale Ausbeutungsverhältnisse und die kapitalistische Bewältigung der Klimakrise zeigen die Notwendigkeit, sich über einzelne spezielle Themenfelder hinaus (Kohle, Gas, Wasser) mit dem Grünen Kapitalismus einerseits sowie dem fossilen Faschismus andererseits zu beschäftigen. Wie im Zwischenstandspapier#2⁶ beschrieben, schließen sich beide Projekte nicht zwangsläufig aus, und Militarisierung und der Ausbau staatlicher Kriegsregime ist in beiden ein fester Bestandteil. Konkret in der BRD müssen wir uns die Frage stellen, wie wir als Klimagerechtigkeitsbewegung damit umgehen, dass Rüstungskonzerne eventuell doch herrschende Nachhaltigkeitskriterien zugesprochen kriegen (da sie ja nachhaltig die westlich-demokratischen Werte verteidigen), während jegliche Maßnahmen zum Klimaschutz hintenangelassen werden. Anders als noch vor ein paar Jahren mobilisiert die Klimafrage nicht mehr so viele Menschen aus der bürgerlichen Mitte und eine Regierung der Grünen brachte landes- und bundesweit oft die klimafeindlichste und militärfreundlichste Politik zustande. Dabei kommt die Dramatik der Klimakatastrophe(n) dieses Jahr mehr zum Vorschein als zuvor. Wie schaffen wir es, die Frage nach Klimagerechtigkeit und ihren daraus notwen-

dig folgenden Antikapitalismus (und Antimilitarismus) wieder in den Vordergrund des Diskurses zu stellen? In Szenarien der Bundeswehr wird Sabotage systemrelevanter Infrastruktur wie der Energieversorgung zunehmend als Akt der Kriegsführung behandelt. Was bedeutet das für die Zuspitzung unserer Aktionen? Welche Optionen haben die Konzepte, Klima und Klassenkampf zu verbinden, wenn die Gewerkschaften in der Frage der Aufrüstung so konform mit der herrschenden Politik sind?

Rechtsruck, neuer und alter Nationalismus

Das Erstarken der AfD und militanter faschistischer Kräfte macht selbstverständlich einen handlungsfähigen, schlagkräftigen Antifaschismus der radikalen Linken notwendig. Die Bekämpfung des Rechtsrucks darf sich aber nicht in der Bekämpfung der AfD erschöpfen. Wenn Olaf Scholz (SPD) »Im großen Stil abschieben« will oder Lars Klingbeil (ebenfalls SPD) fordert, dass Deutschland »nach knapp 80 Jahren Zurückhaltung eine (militärische) Führungsrolle übernehmen« soll, zeigt uns das, dass rassistische und nationalistische Ideologie, vor allem im Zusammenhang mit Kriegsführung gegen ein feindliches Außen, aus der Regierung und der Mitte ebenso herkommen wie vom rechten Rand. Militarisierung und Militarismus ist ohne Nationalismus nicht zu denken, weswegen die aktuelle Politik rechtsradikalen Kräften

einen zusätzlichen Aufwind verleiht. Eine radikale Linke, die diesen Zusammenhang nicht erkennt, kann dagegen auch nicht handlungsfähig werden. Dies führte zu der völlig absurden Situation, dass im Zuge des Kriegs in der Ukraine rechte Kräfte teils die Friedensfrage an sich rissen, und sogar die AfD, die verhältnismäßig größte »Soldatenpartei«, deren Aufrüstungsprogramm das der Ampel noch in den Schatten stellt, sich als »Friedenspartei« darstellen konnte. Eine jetzige Aufrüstung des Staates, eine Stärkung des Militärs und des Militarismus, die mit einer wahrscheinlich kommenden CDU-geführten Regierung 2025 noch weiter eskaliert werden wird, wird die gesamte Gesellschaft nach rechts kippen. Und natürlich müssen wir als Antifaschist:innen uns die Frage stellen: Was würde eine potenzielle (mittelfristige) Regierungsbeteiligung der AfD in einem hochgerüsteten deutschen Staat angesichts der anfangs geschilderten Weltlage bedeuten? Mit wem zusammen und mit welchen Inhalten sollten wir die AfD jetzt angreifen, denn dass wir sie gezielt angreifen sollen, steht ja außer Frage? Wie gehen wir vor gegen den Rechtsruck der Mitte? Wie gehen wir damit um, dass emanzipatorische Inhalte von SPD und Grünen entleert und als Rechtfertigung für Krieg und Aufrüstung genutzt werden? Was bedeutet das für unsere strategische und taktische Bündnispolitik?



⁶ Link zu unserem Zwischenstandspapier#2: <https://interventionistische-linke.org/zwischenstandspapier-2>

»Für uns als radikale Linke, die einerseits einen ganzheitlichen Anspruch zur Überwindung dieses Systems haben, andererseits in unterschiedlichen Kampffeldern gegen seine Ausprägungen aktiv sind, hat die Militarisierung weitreichende Konsequenzen für unsere gesamte Praxis.«

Kein Krieg ist feministisch - Der patriarchalen Kriegslogik entgegentreten

Interventionistische Linke Frankfurt, 8. März 2024

Wir gehen am 08. März auf die Straße für ein anderes Leben und Lieben. Unsere Kämpfe, die an diesem Tag zusammenkommen, haben sich immer gegen Versuche der Vereinnahmung und Erniedrigung gerichtet, gegen Versuche, unsere Körper und unser Begehren zu kontrollieren. In diesen Zeiten bildet der Krieg und seine Logiken die Spitze des Eisbergs patriarchaler Gewalt und Inbesitznahme, die Spitze cis-heteronormativer Zurichtung und Kontrolle. Umso mehr gilt: Unser (Queer-)Feminismus bleibt antimilitaristisch!

Wer Krieg führt, wer ganze Gesellschaften militarisieren und kriegstüchtig machen will, der braucht Disziplin. Das bedeutet die Retraditionalisierung von Geschlechterrollen und die Verfestigung geschlechtlicher Binärität: Frauen: sollen Mutter, Versorgerin und sozialer Kitt der Gesellschaft sein, während Männer* für die Verteidigung nationaler Interessen von oben erhalten müssen. Hohe Militärausgaben bedeuten sinkende Sozialausgaben und prekäre Arbeitsverhältnisse, sprich mehr unbezahlte Arbeit durch weibliche Arbeitskraft.

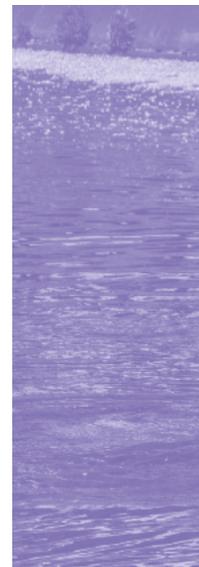
Wer Disziplin will, der braucht die patriarchale Kontrolle, um die feministischen Kämpfe und das Aufbegehren in den Griff zu bekommen. Häusliche Gewalt und Feminizide sind Teil sozialer Realitäten der Disziplinierung. All jene, die durch das binäre Raster sexistischer Arbeitsteilung fallen, sich entziehen oder widersetzen, sind queerfeindlicher Gewalt oder Repressionen ausgesetzt.

Die Logik des Krieges ist aber nicht nur eine Logik der geschlechtlichen Arbeitsteilung und ihrer gewaltvollen Absicherung, sondern auch eine der Inbesitznahme. Dass vom Patriarchat betroffene Körper zur expliziten Zielscheibe von Gewalt in Kriegen und bewaffneten Konflikten werden, ist kein Zufall. Vergewaltigungen sind immer schon Kriegswaffe gewesen. Die Inbesitznahme von Territorien, Land und materiellem Besitz ist elementarer Teil der Kriegslogik und verzahnt sich mit der männlichen Vorstellung des Zugriffsrechts auf den weiblichen Körper. Gewalt gegen Frauen* und Queers ist der Versuch der Kontrolle und Unterwerfung, sei es als Mittel der Machtdemonstration in kriegerischen Konflikten, wie aktuell in Israel, Palästina und der Ukraine oder im vermeintlich sicheren Zuhause.

Dies zeigt sich auch am Massaker der Hamas am 7. Oktober, das nicht nur von massiver antisemitischer Gewalt, sondern auch von sexualisierter Gewalt in grausamstem Ausmaß geprägt war. Die patriarchale Inbesitznahme zeigt sich hier sowohl in der anschließenden Leugnung dieser Gewalt als auch in ihrer Instrumentalisierung für den Krieg gegen die Menschen in Gaza. Die sexualisierte Gewalt an israelischen, jüdischen und anderen Frauen* und Queers soll mit der Eroberung und Zerstörung von Territorien und Körpern – auch durch Vergewaltigungen – der Palästinenser:innen vergolten werden.

Aber nicht nur der israelische Rachefeldzug, der Tag für Tag brutaler und genozidaler gegen die Bevölkerung Gazas geführt wird, legitimiert sich scheinheilig mit dem Vokabular feministischer Kämpfe. Vertreter:innen einer selbsternannten »feministischen Außenpolitik« wie Annalena Baerbock inszenieren sich als Retter:innen von Gewalt betroffener Frauen* und Queers, vor allem im globalen Süden. Aber auch die »feministische« Rekrutierung von Frauen* und Queers für die Bundeswehr unter dem Deckmantel neoliberaler Diversität treibt die Militarisierung voran, während gleichzeitig ein gesellschaftlicher Rückbezug auf das Bild der Hausfrau und Mutter stattfindet. Die vermeintliche Di-

versifizierung der Streitkräfte löst die Dynamik des Krieges nicht auf. Der »Feminismus« der Herrschenden ist nicht mehr als ein Feigenblatt vor der eigenen autoritären Gewalt. Diese Instrumentalisierung erleben wir ständig, etwa wenn Feminismus und der Kampf gegen Antisemitismus sowohl als Legitimation für rassistische Repression erhalten als auch dafür, dass Deutschland weiterhin »im großen Stil« in Staaten abschiebt, die für ihre strukturellen Menschen- und Frauenrechtsverletzungen bekannt sind. »Feministische« Außenpolitik bedeutet: Der eigene Wohlstand, der auf (neo-)kolonialer und immer auch patriarchaler Ausbeutung von Land und Körper beruht, wird mit Mauern und Zäunen verteidigt.



Das erlebten wir, gerade in den letzten Monaten, auch bei unseren eigenen Genoss:innen und Freund:innen. Wir haben erlebt, wie schwer es einigen gefallen ist, die Gewalt der Hamas vom 07. Oktober als das zu verurteilen, was sie ist – antisemitisch, patriarchal, reaktionär-islamistisch. Andere wiederum haben sich erschreckend schnell in den Strudel einer vermeintlich feministischen Vergeltungslogik ziehen lassen und scheinen jegliche Empathie für die Menschen in Gaza und ihren Kampf ums Überleben und gegen die Vertreibung verloren zu haben. So mussten beispielsweise in Palästina lebende Queers immer wieder auf ihre eigene Existenz verweisen, da im Zuge der rassistischen Zuspitzung die gesamte palästinensische Bevölkerung als queerfeindliche Terrorist:innen wahrgenommen und queere Palästinenser:innen – teils von der eigenen Community – unsichtbar gemacht wurden. Immer wieder muss auch bei unseren eigenen Genoss:innen der Feminismus herhalten, um den jeweils anderen, als »falsch« markierten, Pol zu delegitimieren.

Der kriegerische Ausnahmezustand, die Freund-Feind-Logik und die damit einhergehende Autoritarisierung ganzer Gesellschaften versuchen nicht nur, die emanzipatorischen und feministischen Kämpfe zu kontrollieren oder zu vereinnahmen, sondern verschlingen sie auch im schwarzen Loch der Polarisierung.

(Queer-)Feminismus in diesen Zeiten bedeutet, dem patriarchalen Eisberg seine militaristische Spitze abzubrechen. Wir verweigern uns der militärischen Disziplin, wir verteidigen unsere Körper gegen die patriarchale Kontrolle und die kriegerische Inbesitznahme. Wir entziehen uns den binären Rastern sexistischer Arbeitsteilung ebenso wie wir aus den polaren Lagern der Kriegslogik desertieren. Wir halten den falschen Feminismen der Herrschenden unseren (queer-)feministischen Antimilitarismus entgegen. Wenn wir eine Seite wählen müssen, wählen wir die Seite all jener Frauen* und Queers, die gegen Krieg und Gewalt und für eine andere, friedliche, solidarische und fürsorgliche Gesellschaft kämpfen. Brechen wir das Eis der kalten Militarisierung mit der Hitze unserer vielfältigen Begehren.

»Brechen wir das Eis der kalten Militarisierung mit der Hitze unserer vielfältigen Begehren.«



Dezentraler, maritimer Protest in Berlin gegen die Hauptversammlung von Rheinmetall, 2020.

Keine Kohle für Panzer: Warum »Rheinmetall Entwaffnen« auch »RWE Enteignen« bedeutet

Internationalismus- und Klima-AG der IL Bremen, Januar 2022

Waffenexporte heizen die Klimakrise weiter an und verhindern ein gutes Leben für alle. Genoss:innen aus Bremen erklären, warum Klimakrise und Rüstungsindustrie intersektional begriffen werden müssen und schlagen als kollektive Praxis die geplanten Aktionen der Kampagne »Rheinmetall Entwaffnen« zur diesjährigen documenta vor.

»Rheinmetall enteignen, Sozialökologischer Umbau jetzt« steht auf einem Banner. Aktivist:innen von Riseup4Rojava und der Klimagerechtigkeitsbewegung haben am 10. Januar ein Werk des Waffenproduzenten Rheinmetall in Wien blockiert. Ihrer Forderung müsste eigentlich nichts hinzugefügt werden. Nichts, aber auch gar nichts rechtfertigt die Produktion von Kriegswaffen: Rheinmetall verkauft Waffensysteme, ganze Waffenfabriken und weitere militärische Produkte an Kund:innen in 137 verschiedene Länder, unter anderem an Saudi-Arabien oder an die Türkei. Die Waffen von Rheinmetall töten somit in aller Welt und bieten für autokratische und ausbeuterische Regime die Grundlage um nach innen ihre blutigen Repressionen und nach außen ihre nicht weniger blutigen Großmachtbestreben ausleben zu können. Die Perspektive ist klar: Rheinmetall muss entwaffnet werden.

Aber warum sollte sich gerade die Klimagerechtigkeitsbewegung mit der Rüstungs- und Militärindustrie beschäftigen?

Das 1,5°C Pariser Klimaabkommen ist das »ambitioniertere« Abkommen, auf das sich die Nationalstaaten einigen konnten. Dass wir uns darauf nicht verlassen können, ist keine Neuigkeit und auch keinen weiteren Text wert. Aber es lohnt sich, das Abkommen nochmal genauer anzuschauen. Ein Treibhausgas-Emittent wird in diesem Abkommen und in dem Vorhaben »Netto-Null bis 205« (mehr oder weniger bewusst) weggelassen: das Militär. Denn Staaten sind nicht dazu verpflichtet, die Treibhausgas-Emissionen ihrer Armeen aufgeschlüsselt offenzulegen. Überraschung: Sie tun es dementsprechend auch nicht, oder wenn, dann nur in Bruchteilen. Die Studie »Under the Radar« zeigt deutlich, wie konservativ die Einschätzungen der Staaten sind. Dass die Kriegsindustrie und die Armeen weltweit aber einen großen Faktor bei den Treibhausgasen spielen, zeigt sich bei einem Blick über den Atlantik. Das US-Militär stößt Schätzungen zufolge mehr Treibhausgase aus als Portugal oder Schweden.

Es gibt drei Gründe, warum Staaten die Emissionen des Militärs nicht angeben wollen: 1.) Die Staaten befürchten - verständlicherweise - ein Sicherheitsrisiko, wenn sie Informationen zu ihrem Militär preisgeben. 2.) Die Staaten kennen die Emissionen ihres Militärs gar nicht, weil diese sowieso nicht gemessen werden. 3.) Ohne das Militär mit einzurechnen, geht die Rechnung »Netto-Null bis 2050«, zumindest auf dem Papier, eher auf. (An dieser Stelle sei kurz angemerkt: Uns ist bewusst, dass das 1,5°C-Ziel und »Netto-Null«-Emissionen im jetzigen System wohl kaum erreichbar sind, und dass beide Konzepte inhärente Probleme haben. In der bestehenden staatlichen Logik sind diese Abkommen und kalkulierten Berechnungen von Emissionen aber durchaus entscheidend). So oder so zeigt es ein weiteres Mal: Nationalstaaten – mit ihrem inhärenten Militarismus – sind in diesem System nicht in der Lage, die Klimakrise zu lösen.

Mal wieder die Systemfrage

Was bleibt übrig, wenn Staaten und das System nicht in der Lage sind, die Klimakrise zu bewältigen? Dass wir die Klimakrise als Systemfrage verstehen und beantworten müssen. Auch das ist nicht neu, zeigt aber eine weitere Verbindung zwischen Klimagerechtigkeit und Antimilitarismus auf. Wenige Staaten und eine Handvoll Konzerne profitieren von der Rüstungsindustrie, die Kosten und Schäden werden wiederum im altbekannten Muster ausgelagert. Individuen haben darin keine Entscheidungsmacht. Stattdessen werden die produzierten Waffen genutzt, um Menschen gewaltvoll zu unterdrücken und ihre demokratische und ökologische Ermächtigung zu verhindern. Die Klimagerechtigkeitsbewegung kämpft nicht einfach nur dafür, ein paar Tonnen CO² einzusparen und fordert auch kein »grünes« Militär. Wir kämpfen für eine Gesellschaft, die das gute Leben und eine gerechte Zukunft für alle ermöglicht. Eben für all das, was im Kapitalismus nicht möglich ist: Nachhaltigkeit und endloses ausbeuterisches Wachstum passen nicht zusammen.

Was hingegen im Kapitalismus sehr wohl möglich ist, ist Waffenproduktion. Krieg und Rüstung stehen in krassen Widerspruch zu Nachhaltigkeit: Alles, was für die Zukunft aufgebaut wird, wird von Krieg zerstört; ob Infrastruktur, Existenzen, funktionierende Ökosysteme oder ein Leben in Sicherheit. In den Hallen Rheinmetalls werden die Vernichtung von Menschenleben und die Zerstörung von Infrastruktur und Umwelt produziert. Zuletzt ist dies wieder im Falle der Türkei und dessen Angriffe auf Rojava – einem revolutionären und sozialökologischen Gegenentwurf zum fossilen Spätkapitalismus – zu beobachten. Klimagerechtigkeit bedeutet in diesem Fall, Solidarität mit unseren Genoss:innen in Rojava zu zeigen und zu verhindern, dass noch mehr Waffen an die Türkei geliefert werden.

Aber nicht nur kommt industrielle Waffenproduktion nicht ohne Kapitalismus aus, auch der Kapitalismus in seiner heutigen Form konnte sich nur durchsetzen, indem er seinen Wirkungsbereich immer wieder mit militärischer Gewalt erweitert hat. Die Folgen sind bekannt: (Neo-)Kolonialismus, Zerstörung, Ausbeutung von Menschen, Arbeitskraft und Umwelt. Diese militärisch geführte Akkumulation und gleichzeitige Grenzsicherung wird im Laufe der Klimakrise nicht nachlassen. Ganz im Gegenteil: Konflikte um Ressourcen, politische Instabilitäten, Hungersnöte und Migrationsbewegungen werden im Zuge der Klimakrise zunehmen. Und aus all dem schlägt die Rüstungsindustrie Profit. Nicht ohne Grund hat Rheinmetall angekündigt, sich künftig auch auf Grenzsicherungs- und Aufklärungstechnologie zu konzentrieren.

Was gibt es strategisch zu gewinnen?

Damit wird deutlich, dass die Rüstungsindustrie und das Militär auch aus einer Perspektive der Klimagerechtigkeitsbewegung zu bekämpfen sind. Aber wie kann eine radikale Linke an vorherige Kämpfe anknüpfen und worin besteht das Potenzial für die Klimagerechtigkeitsbewegung, sich weiterzuentwickeln? Die Klimagerechtigkeitsbewegung steht vor einer Herausforderung: In Parlamenten und der bürgerlichen Gesellschaft wird über Laufzeitverlängerungen, fossiles Gas und über »grüne« Atomkraft diskutiert, alles mit dem Argument, dass es sogenannte Brückentechnologien bräuchte, da die bislang produzierte Energie gerade so den Energiebedarf der Gesellschaft und der hier ansässigen Industrie deckt. Befürworter:innen fos-

silien Antworten geben zu können, müssen wir den Aktionsraum und den Kampf der Klimagerechtigkeitsbewegung gegen fossile Energieträger erweitern. Wir müssen weiterhin an den Stätten der Stromproduktion stehen, aber auch dahin gehen, wo Energie völlig ungerechtfertigt verprasst wird und damit eben auch an die Standorte der Rüstungsproduktion. Wir müssen den Abbau von Kohle blockieren, aber auch die Produktion von Panzern. Wir müssen RWE enteignen, aber auch Rheinmetall entwaffnen. Die Kampagne »Rheinmetall Entwaffnen« bietet eine Chance, darüber zu sprechen, dass eine klimagerechte Welt nur vorstellbar ist, wenn die Produktion von Energie und Industrie demokratisiert wird. Gemeinsam entscheiden, wofür wir Energie tatsächlich produzieren wollen und uns somit aktiv aus der vermeintlichen »Notwendigkeit« der fossilen

»In den Hallen Rheinmetalls werden die Vernichtung von Menschenleben und die Zerstörung von Infrastruktur und Umwelt produziert.«

siler Energien beten verzweifelt herunter, dass uns flächenweise Stromausfälle drohen, wenn wir Kohlekraftwerke abschalten. Und auch die Klimagerechtigkeitsbewegung befeuert mit ihren Aktionen und der mehrheitlichen Außenwahrnehmung bislang vor allem die gesamtgesellschaftliche Frage, welche Energieträger (nicht) genutzt werden sollen. Anstatt in den Diskurs zu intervenieren, wie wir dieselbe Menge an Energie in »grün« bekommen, sollten wir anfangen zu besprechen, wofür wir überhaupt Strom produzieren wollen. Wollen wir die Erde zerstören, Dörfer abbagern und die Klimakrise weiter vorantreiben, nur um Waffen und Krieg zu produzieren? Sicher nicht. Um diese Fragen zu stellen und die

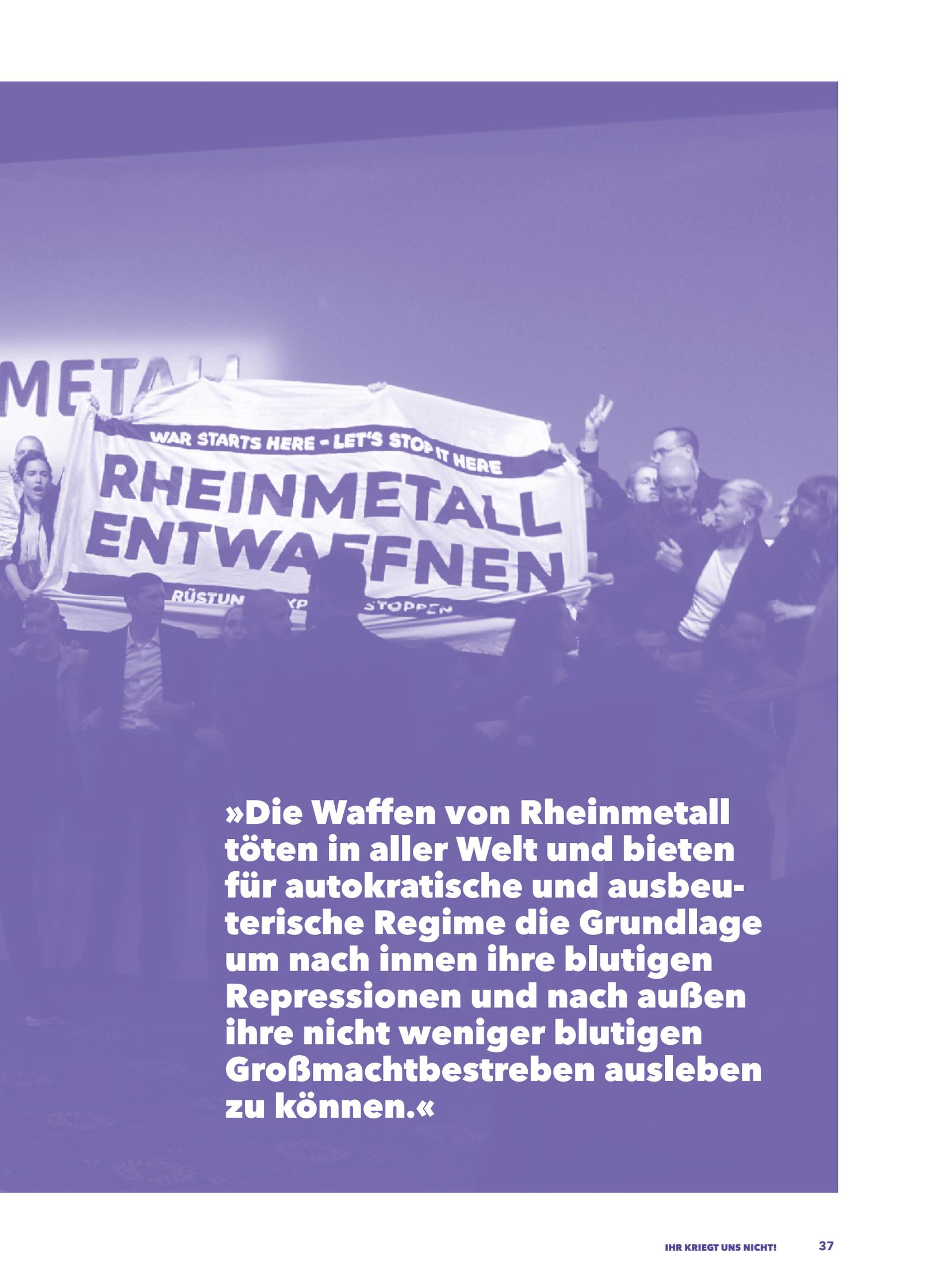
Energieträger lösen. Lasst uns gemeinsam die System-, aber auch die Produktionsfrage stellen. Für eine Welt, in der nach Bedürfnissen und nicht nach Profiten produziert wird!

Warum sollten wir uns gerade jetzt mit linksradikalen Anti-Militarist:innen zusammentun?

Wir können gemeinsam eine der größten, dreckigsten und blutigsten Industrien angreifen. Und wir können das Motto »Kämpfe verbinden« ernstnehmen und – viel wichtiger – trainieren. Theoretische Bekenntnisse zu themenübergreifenden linksradikalen Kämpfen bringen uns nicht weiter, wenn wir diese Überschneidungen nicht praktisch auf der Straße suchen und finden. Das wäre sicherlich auch die letzten Jahre, in denen sich die Kampagne »Rheinmetall Entwaffnen« aufgebaut hat, Grund genug gewesen, um gemeinsam auf die Straße und in die Werke zu gehen. Dieses Jahr aber gibt es einen entscheidenden Faktor, warum wir das Möglichkeitsfenster zur Intervention nutzen sollten. »Rheinmetall Entwaffnen« hat angekündigt, 2022 nach Kassel zu gehen, um dort Rheinmetall zu blockieren. Dieses Jahr findet in Kassel mit der Documenta die größte zeitgenössische Kunstausstellung der Welt statt. Gemeinsam können wir die Weltöffentlichkeit als Bühne nutzen. Gemeinsam können wir die Demokratisierung der Stromproduktion als Thema setzen. Gemeinsam können wir eine antimilitaristische, klimagerechte und linksradikale Bewegung auf die Straße bringen. Gemeinsam können wir intervenieren und Rheinmetall entwaffnen.



Einstündige Bühnenbesetzung bei der Aktionärsversammlung von Rheinmetall in Berlin, 2019.



METALL

WAR STARTS HERE - LET'S STOP IT HERE

RHEINMETALL
ENTWAFFNEN

RÜSTUNG STOPPEN

»Die Waffen von Rheinmetall töten in aller Welt und bieten für autokratische und ausbeuterische Regime die Grundlage um nach innen ihre blutigen Repressionen und nach außen ihre nicht weniger blutigen Großmachtbestreben ausleben zu können.«

Aufbruch gegen das Kriegsregime - das Kriegsregime aufbrechen

Der Krieg, die Linke und wir

Internationalismus-AG der IL, März 2023

Die Logik des Krieges ist ein Schwarzes Loch. Die Idee der Nation ist sein Prinzip, seine Gravitation. Alles, was sich nicht umstandslos auf der »richtigen Seite« der Kriegsparteien einreihen lässt, wird von dieser Schwerkraft an sich gezogen und verschluckt. Zwischenräume gibt es nicht. Die Logik des Krieges braucht die Nation als Grundlage ihres Seins. Sie dehnt sie gleichzeitig in ihren verschiedenen Dimensionen aus und radikalisiert sie – als historischer Mythos und als existentielle (Not-) Gemeinschaft. Sie mobilisiert die reaktionärsten Fraktionen des Kapitals, des Staatsapparates und der Zivilgesellschaft für Aufrüstung und nationale Wirtschaftsinteressen.

Wenn sich Teile der ukrainischen Linken dazu entschlossen haben, sich in den Selbstverteidigungskampf der ukrainischen Nation einzugliedern, dann konstituieren sie sich dadurch als Teil eben dieser ukrainischen Nation und verunmöglichen gleichzeitig andere Kämpfe um Befreiung, mit anderen Worten: Sie heben den Klassenkampf in der Form der Nation auf. Aus dem Gravitationszentrum des Schwarzen Lochs dringt nichts mehr nach außen, die Linke droht eine Gefangene im Ereignishorizont des Schwarzen Lochs zu werden.

Parteiverbote, Verbote von kritischen Medien, der Abbau von Arbeiternehmer: innenrechten und die Zwangsrekrutierung der männlichen Bevölkerung zwischen 18 und 60 Jahren werden von der ukrainischen Regierung mit dem Kriegszustand und seinen Notwendigkeiten begründet, dem sich Teile der ukrainischen Linken unterworfen haben. Die hilflose Bitte von Vitalyi Dudin, dem Vorsitzenden von Sotsyalnyi Rukh (Soziale Bewegung) per Brief an den ukrainischen Präsidenten Selenskyi gerichtet, doch bitte gegen die Arbeitsmarktreform Einspruch zu erheben, die eben jener doch selbst initiiert hatte, ist ein Beispiel für die unwiderstehliche Schwerkraft des Schwarzen Lochs. Nicht nur in der Ukraine, auch für uns Linke in den indirekt beteiligten Staaten, werden durch die Fortdauer des Kriegs die Kampfbedingungen verschlechtert. Im globalen Süden stellt sich nicht nur die Frage nach der Verschlechterung der Kampfbedingungen, sondern jene nach dem nackten Überleben für Millionen von Menschen, die besonders vom anhaltenden Wirtschaftskrieg betroffen sind und sich daher bewusst nicht an diesem beteiligen wollen.

Krieg und Faschismus

Teile der ukrainischen Linken begründen ihren Schritt der Unterordnung unter die Nation mit dem Argument, es würde ihre Kampfbedingungen in der Zukunft verbessern. Zweifellos wollen weite Teile der Bevölkerung und erst recht die emanzipativen Strömungen in ihr nicht in einer russischen Besatzungszone leben oder gar Teil von Neurussland werden. Wer könnte das nicht nachvollziehen?

Aber die verzweifelte Hoffnung, aus dem Ende des Krieges als gestärkte oder gar als irgendwie gleichberechtigte Kraft hervorzugehen, scheint uns eine zutiefst unrealistische Einschätzung zu sein. Das enge und sich gegenseitig bedingende Verhältnis von Krieg und Faschismus zeigt sich auch in diesem Konflikt; und das nicht nur an dem aggressiven Angriffskrieg des russischen Regimes, sondern auch daran, dass auf beiden Seiten Naziverbände kämpfen, aber auch und vor allem an den innenpolitischen Konsequenzen auf beiden Seiten.

Auch auf Seiten der Ukraine können wir die Tendenz beobachten, dass ein nationalistischer Geschichtsrevisionismus und seine Narrative immer robuster auftreten, die Form der Staatsdoktrin annehmen und mit dem Nazikollaborateur Stepan Bandera als dem ukrainischen Volkshelden ihren pointiertesten Aus-

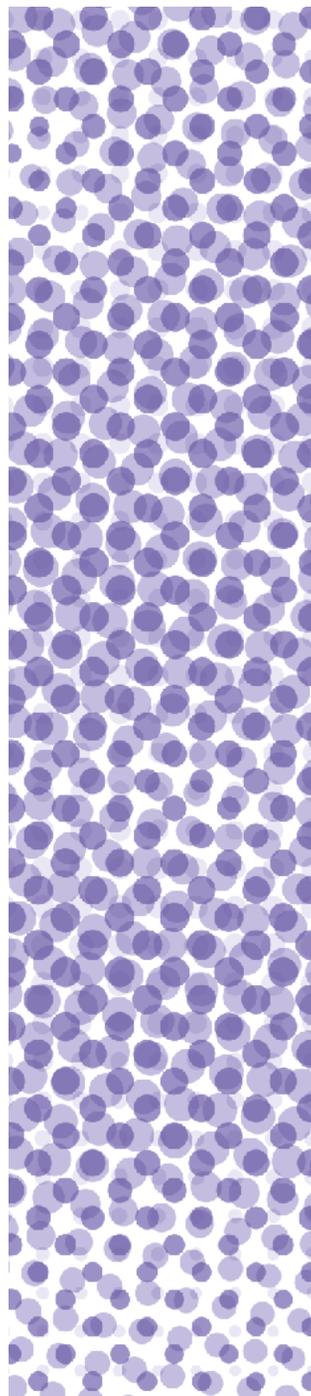
druck finden. Wir befürchten, dass die Rückwirkungen dieser Prozesse der Faschisierung auf die Subjektivitäten beider Seiten fatale Folgen zeigen, eine gepanzerte, nationale, gegen jeden politischen Pluralismus gerichtete Volksgemeinschaft zurücklassen werden und Perspektiven der linken Opposition und gar Emanzipation auf lange Zeit versperren.

Sich dem Lagerdenken widersetzen

Wir teilen deshalb die Einschätzung, dass ein Parteigrreifen für eines der kriegsführenden Lager ein fataler Irrweg ist. Eine emanzipatorische, globale Linke muss sich dem Lagerdenken widersetzen, um nicht in den Gravitationsraum des Schwarzen Lochs zu gelangen. Deshalb ist die Frage, die wir uns stellen müssen: Wie können wir Formen der Solidarität und der aktiven Beihilfe entwickeln, die erstens quer zu dieser Lagerdichotomie liegen und die zweitens diejenigen Menschen zum Ausgangspunkt der Überlegungen und Anstrengungen nimmt, die unter dem Kriegsregime leiden und unter ihm sterben: die ausgebombte Zivilbevölkerung, die in Kellern und den U-Bahnschächten Schutz suchen muss ebenso wie diejenigen jungen Männer, die sich aus Angst, Rekrutierungstrupps der ukrainischen Armee in die Arme zu laufen, nicht mehr aus ihren Wohnungen trauen.

Aus der Perspektive der russischen Genoss:innen ist die Argumentation nachvollziehbar. Wenn Deutschland ein anderes Land überfallen würde, würden wir natürlich auch alle den sofortigen, bedingungslosen Rückzug fordern, in der Hoffnung, dass die Heimatfront gegen den Aggressor kippt und so ein Ende des Krieges näher rückt. Aber wir sind nicht in Russland und unser direkter Einfluss auf das russische Regime ist gleich null. Trotzdem unterstützen wir den Einsatz der russischen Genoss:innen für einen breiten Protest gegen den Krieg und das Ende des Putin-Regimes.

Aber unser Einsatz hier in Deutschland muss ein anderer sein, weil wir eine andere Rolle und Perspektive haben als die innerrussische Opposition gegen Putin. Wir müssen uns die Frage stellen, was eine Alternative zu einem langandauernden Abnutzungs- und Stellungskrieg ist. Unserer Ansicht nach kann das nur die Forderung und der entsprechende Druck auf die deutsche Regierung sein, sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln für einen sofortigen Waffenstillstand einzusetzen und in einem zweiten Schritt den Konflikt einzufrieren, z.B. durch die Unterstützung der entsprechenden Initiativen aus Brasilien oder China. Dass ein Waffenstillstand und das Einfrieren des Konflikts nicht gleichbedeutend mit Frieden ist, ist uns klar. Aber es wäre ein wichtiger Schritt, der das große Sterben beenden würde. Vielleicht würde er nicht lange halten, wie die Kritiker:innen des Vorschlags behaupten. Wir wissen es nicht. Aber wenn nur die begründete Möglichkeit besteht, dass das Sterben beendet wird, müssen wir es versuchen. Das ist aus unserer Sicht die fortschrittliche Alternative dazu, weiterzukämpfen und zu sterben, bis eine Partei endgültig gewonnen hat. Das ist keine realistische Perspektive für ein baldiges Ende des Krieges. Über die wahren Ausmaße des Sterbens, so zumindest unsere Vermutung, wird noch viel Entsetzen herrschen, falls einmal annähernd realistische



Zahlen der Todesopfer auch auf ukrainischer Seite veröffentlicht werden sollten. Nicht ohne Grund werden sie von der ukrainischen Regierung geheim gehalten. Auch wenn russische Genoss:innen diese Ansicht nicht teilen, plädieren wir dafür, dem großen Sterben so schnell wie möglich ein Ende zu setzen. Andersherum müssen sich Positionen, die Waffenlieferungen befürworten, die konkrete und ehrliche Frage beantworten, wann die Forderungen denn erfüllt sind? Wie viele und welche Waffen braucht es für einen wie auch immer gearteten »Sieg« über Russland? Schusswaffen? Panzer? Taktischen Einsatz von Atomwaffen? Oder auch: Wie viele Menschenleben ist der »Sieg« – oder die »Verbesserung der Kampfbedingungen« – wert?

Die Ursachen des Konflikts verstehen können

Drittens müssen wir die Anstrengung unternehmen, die Ursachen des Konflikts besser zu verstehen. Eine Perspektive von Teilen der Linken, die den Krieg am 24.02.2022 beginnen lässt und ihn auf die Irrationalität und den Vernichtungswahn der Person Putin reduziert, müssen wir energisch widersprechen. Sie vergisst die banale Einsicht, dass im vorherrschenden kapitalistischen Weltsystem der Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist. Auch kann eine Perspektive, die die Pathologie Putins als Kriegsgrund anführt, sich konsequenterweise gar nicht zu materiellen Ursachen und der Frage durcharbeiten, ob dieser Krieg vermeidbar gewesen wäre.

Waffenstillstand jetzt oder Rückzug der russischen Armee?

Neben dieser Perspektive der zu den Kriegslagern querliegenden Solidarität und Beihilfe stellt sich zweitens die Frage danach, was eine progressive Forderung im Russland-Ukraine-Krieg sein kann: Ist es, wie die Autor:innen vom Russian Socialist Movement vor Kurzem auf dem IL-Debattenblog geschrieben haben, »heuchlerisch«, wenn ein Friedensappell nicht den kompletten Rückzug aus dem ukrainischen Territorium fordert, sondern zu einem Waffenstillstand aufruft?

Die Verweigerung gegenüber einer umfassenden moralischen Mobilisierung des öffentlichen Diskurses, an dem sich auch Teile der Linken beteiligen, gehört zu der Verweigerung des Lagerdenkens. Wenn allein schon die grundlegende kritische Frage angegriffen wird, welche Rolle denn die NATO in der Entwicklung des Konflikts gespielt hat und diese als Pro-Putin-Parteinahme verunglimpft, werden die Spielräume des kritischen Denkens offensichtlich kleiner. Was einmal als Methode des historischen Materialismus bekannt war, wird freiwillig an der Eingangsgarderobe des NATO-Lagers abgegeben.

Dieser schmerzhafteste Prozess der theoretischen Selbstentwaffnung der Linken beraubt sie des kritischen Instrumentariums, die historischen Bedingungen zu analysieren, die eben zu diesem Krieg geführt haben. Und neben einer ganzen Reihe von Faktoren muss in einer solchen Analyse natürlich auch die Rolle der NATO kritisch betrachtet und benannt werden. In diesem Kontext sei nur ganz kurz auf Robert F. Kennan, Außenpolitikexperte und Vertreter der Realistischen Schule in den Internationalen Beziehungen hingewiesen, der schon 1997 in der New York Times die NATO-Ostexpansion als »fatal error« beschrieben hat, der zu einer Stärkung der nationalistischen, anti-westlichen und militärischen Tendenzen in Russland führen sowie negative Effekte auf die Entwicklung der russischen Demokratie haben werde.

Die kommenden Kriege

Die Ursachenanalyse ist von zentraler Bedeutung, weil sie zugleich eine Analyse unserer eigenen strategischen Versäumnisse und Unfähigkeiten der Vergangenheit ist. Positiv gewendet: Nur sie kann zum Ausgangspunkt einer neuen Strategieentwicklung werden und eine Richtung vorgeben, wie die kommenden kriegerischen Auseinandersetzungen, auf die sich das zunehmend chaotisierende Weltsystem ohne Zweifel zubewegt, in Zukunft verhindert werden können. Dazu gehört auch ein konsequenter Widerstand gegen die sich zunehmend panzernden Kriegsregime und die Entwicklung einer Perspektive, die vielleicht am besten als die Neuerfindung einer globalen Friedenspolitik bezeichnet werden kann und die die Reproduktion der imperialen Lebensweise im globalen Norden als einer der wesentlichen Triebkräfte der aggressiv-imperialistischen und extraktivistischen Regime kritisiert und angreift.

»Eine emanzipatorische, globale Linke muss sich dem Lagerdenken widersetzen, um nicht in den Gravitationsraum des Schwarzen Lochs [der Kriegslogik] zu gelangen.«



Rheinmetall-Entwaffnen-Protestcamp in Unterlüß, 2019.

Dieser Krieg endet nicht in der Ukraine, schreibt der spanische Autor Raúl Sánchez Cedillo. Dem müssen wir leider zustimmen. Wir sehen die in der neueren Geschichte einmaligen Aufrüstungsprogramme, auch in Deutschland, und wissen: Diese Waffen werden produziert für die kommenden und bereits geäußerten Machtansprüche, für die Sicherung der Rohstofftransfers in den globalen Norden, zur Sicherung der EU-Außengrenzen, zur Bekämpfung der imperialistischen Konkurrenz, kurz: für die kommenden Kriege. Die Herausforderungen für eine globale friedenspolitisch ausgerichtete und mit der Klimagerechtigkeitsbewegung zusammen agierende Linke sind gewaltig. Der nächste große Konflikt ist schon in Sichtweite und erreicht immer neue Eskalationsstufen: Der westliche Block ringt mit China um die globale Vorherrschaft.

Ersatzhandlungen der Linken

Vor dem Hintergrund dieser monströsen Aufgabe können wir es nur als bitter bezeichnen, dass eine aktuelle Antikriegspraxis der deutschen Linken quasi nicht existiert. Sie entwickelt weder ein eigenes nachvollziehbares Deutungs-, noch ein massenkompatibles Aktionsangebot. Sie versucht auch nicht den Sprung ins Handgemenge, wie er möglich gewesen wäre, bei der Friedenskundgebung am 25. Februar in Berlin. Diese war nicht unproblematisch, wie alleine die Organisatorinnen und einige Passagen aus dem Aufruf zeigen. Dennoch erscheint uns das Beschimpfen von der Seitenauslinie dieser von der Zusammensetzung her sich nicht wesentlich von jedem

x-beliebigen Ostermarsch unterscheidenden Veranstaltung bei gleichzeitiger Verweigerung jedes eigenen Deutungs- und Aktionsangebots, als die schlechteste aller möglichen Verhaltensweisen einer sich selbst als emanzipatorisch verstehenden Linken zu sein.

Handlungsmöglichkeiten der IL

Die Auseinandersetzung mit Krieg und Aufrüstung wird nicht mit einem Ende des Krieges in der Ukraine enden. Wir können uns ein Wegschauen oder ein Nichtssagen bei diesem global-gesellschaftlich so relevanten Thema nicht leisten. Es braucht eine den aktuellen Herausforderungen gewachsene Friedensbewegung, und diese erreichen wir nur, wenn wir uns in der aktuell bestehenden Friedensbewegung, die wirklich viel zu wünschen übrig lässt, einbringen, sie mitgestalten und kritisieren, kurz: Indem wir intervenieren!

Eine konkrete Möglichkeit bietet sich mit den Ostermärschen Anfang April, an denen wir uns massiv beteiligen sollten. Eine rechte Vereinnahtung des Friedensthemas verhindern wir nicht durch süffisante Twitter-Kommentare, sondern indem wir den Nazis den Raum auf den Demos gar nicht erst geben – denn, wie vielerorts richtig beschrieben wird: Auch die Rechten bespielen das Thema. Das bedeutet aber nicht, dass es per se ein rechtes Thema ist, diese Dynamik kennen wir ja nun schon zu Genüge von Sozialprotest etc. Diese Gefahr verschärft sich massiv durch die Zersplitterung der Linken an dem Thema, so dass Rechte mit viel mehr (falscher) Klarheit auftreten können. Der effektivste Weg, eine massive rechte Agi-

tation im Themenfeld des Friedens zu verhindern, ist es eben, Rechte zu verdrängen und Analysen zu bieten, die für ihre Narrative keinen Stoff bieten. Wir müssen unsere eigenen Inhalte deutlich sichtbar setzen. Eine Kampagne für die Unterstützung von Deserteur:innen im Rahmen der Ostermärsche und darüber hinaus wäre ein Beispiel von vielen hierfür.

In Zeiten des Kriegs vor der Haustür und der konkreten globalen Kriegsgefahr ist die Wiedererstarkung einer linken Friedensbewegung so wichtig wie nie – lasst uns dafür gemeinsam kämpfen!

Solidarität mit allen vergangenen und zukünftigen Deserteur:innen!

Rheinmetall Entwaffnen, 23. Februar 2023

Lasst uns den Krieg verraten! Hoch die internationale Solidarität!

Die Massendesertationen und Kriegsdienstverweigerungen in den Kriegen dieser Welt machen uns Mut und Hoffnung. Das mit dieser Verweigerung verbundene »Nein« zu Gehorsamkeit und »Nein« zu autoritärer Fügung birgt ein weit größeres widerständiges Potential in sich, das nicht nur Putin in Russland fürchtet, sondern auch die westlichen Regierungen erzittern lässt. Denn wer desertiert, wer sich dem Krieg und seiner Grausamkeit entzieht, wer dabei aus politischen oder persönlichen Gründen nicht mitmacht, sagt – ob bewusst oder unbewusst – auch den damit verbundenen Herrschaftsverhältnissen und vermeintlichen Tugenden den Kampf an! Wer desertiert, verrät den Krieg und die mit ihm verbundenen Machtstrukturen!

Rassismus und Klassenhass im Kanonenfutter

Die imperialistischen Kriege dieser Welt werden noch immer um Ressourcen, Einflusssphären, Handelswege und Kontrolle von Menschen und ihren Bewegungen geführt. Schmachhaft gemacht werden sollen uns in Deutschland die Beteiligung in diesen Kriegen oder die Parteinahme für eine Seite dieser Kriege durch ideologische moralische Aufladungen für eine vermeintlich größere Sache. Hier werden wahlweise die Frauenrechte wie in Afghanistan, der Krieg gegen den Terror wie im Irak oder Mali oder die (neoliberale) Freiheit wie in der Ukraine angeführt. Die jeweilige Gegenseite wird moralisch zum absoluten Bösen stilisiert, wobei eine Analyse der zugrunde liegenden lokalen wie globalen Dynamiken, Vorgeschichten und Herrschaftsverhältnissen, innerhalb derer der Krieg geführt wird, völlig ausgeblendet wird. In der Folge wird eine Lösung für die realen Probleme der lokalen Bevölkerung nicht mehr jenseits der Zuspitzungen durch die großen Kriegsparteien diskutierbar. Ohne sich tiefer mit dem jeweiligen Krieg zu beschäftigen, wird völlig undurchsichtig, welche lokalen Konflikte, welche glo-

balen Kräfte und Interessengegensätze zu treibenden Kräften der aktuellen Kriege werden und wie linke, emanzipatorische lokale Gegenantworten darauf aussehen können.

In diesen Blockstellungen von brutalen, imperialen, nationalistischen Interessengegensätzen werden Deserteur:innen zu den relevanten Bezugspunkten für uns, da sie deutlich machen, dass sie sich der vorherrschenden Zuspitzung, sich für Pest oder Cholera entscheiden zu müssen, zum Trotz auf keine der Seiten stellen und nicht bereit sind für imperiale, patriarchale, rassistische, kapitalistische und nationalistische Ideen zu sterben oder zu morden. Wenn wir von Desertation sprechen, meinen wir die beiden rechtlich unterschiedlichen Formen von »Desertation« (auch »Fahnenflucht«) und »Militärdienstentzug«. Beides bedeutet, sich einem Krieg zu verweigern und dabei Repression in Kauf zu nehmen. Dennoch möchten wir einmal die Begrifflichkeiten klären: Deserteur:innen sind bereits in den Militärdienst eingezogen und fliehen dann aus der Armee oder ergeben sich freiwillig der gegnerischen Armee. Militärdienstverweigerer:innen sind Menschen, die sich einer Rekrutierung oder Mobilmachung entziehen, zum Beispiel durch Flucht ins Ausland.

Wer bereit sein soll, für einen imperialistischen Krieg zu morden und zu sterben, wird vom System festgelegt. In den meisten Staaten trifft es erst einmal Personen, die von diesen als Männer erfasst werden. Wir werden diese im Folgenden in der rein männlichen Form benennen, sofern es sich um den staatlichen Zugriff auf diese Personen als männliche Soldaten handelt. An den Stellen, an denen wir nicht über den staatlichen Zugriff auf Personen, sondern über die realen Subjekte sprechen, verwenden wir wiederum die gegenderte Form: Z.B. Deserteur:innen, die nicht als Männer desertieren, sondern als Menschen mit unterschiedlicher Genderidentität.

Die derzeitige russische Teilmobilmachung, die am 21. September 2022 verkündet wurde, richtet sich beispielsweise bisher an 300.000 männliche Reservisten. Hinzu kommt ein rassistisches Moment. Vor allem wurden Männer aus russischen Regionen einberufen, in denen vornehmlich ethnische Minderheiten leben. Vor allem in abgelegenen autonomen Gebieten in Sibirien und im Nordkaukasus wurden massenhaft Einberufungsbefehle verkündet. Die Einberufungsbefehle an Männer in den Metropolen Moskau und St. Petersburg sind zahlenmäßig viel geringer, was ebenso auf die Todeszahlen zutrifft. Auf eine:n im Krieg gestorbenen Moskauer:in kommen zum Beispiel 87,5 Dagestaner:innen, 275 Burjat:innen und 350 Tuviner:innen.

Dementsprechend wird immer wieder deutlich, dass in imperialistischen Kriegen vor allem die Unerwünschten und Marginalisierten als Kanonenfutter verheizt werden, in denen es letztendlich doch nicht um ihre Interessen geht. Dies trifft bei weitem nicht nur auf Russland zu, sondern ist in unter-

schiedlichen historischen und nationalstaatlichen Kontexten zu beobachten. Bereits während des Zweiten Weltkriegs kämpften nicht nur die Bürger der kriegsführenden Staaten unter ihrer Flagge. Vor allem wurde auch die jeweilige männliche Bevölkerung aus den damals noch existierenden Kolonien zum Morden gezwungen. Millionen Soldat:innen aus Afrika, Asien und Ozeanien haben dadurch in diesem Krieg gekämpft. So sollten sich Rekrut:innen aus den Kolonien nicht nur aus rassistischen Gründen mit weniger Sold, schlechteren Unterkünften und weniger Kriegsrente als ihre »weißen Kameraden« zu-

friedengeben. Sondern es kam auch zu den absurden Situationen, in denen die afrikanischen Soldat:innen unter dem pro-faschistischen Vichy-Regime gegen andere afrikanische Soldat:innen unter Führung von General de Gaulle kämpften.

Der Rassismus von kriegsführenden Staaten ist direkt mit der Klassenfrage verbunden. Als die USA 1964 als Kriegsmacht in den Vietnam-Krieg eingriffen, wurden überdurchschnittlich viele Black Americans rekrutiert.

Dieses Motiv hat bis heute in verschiedenen kriegsführenden Nationen Bestand. Niedrige Gehälter und hohe Arbeitslosenquoten machen die Armee grundsätzlich attraktiv für junge Menschen. In der BRD ist besonders der Weg bis zum:er Offizier:in attraktiv für viele. Wer Offizier:in werden will, muss sich für 12 Jahre verpflichten. 3-4 Jahre werden an einer der Bundeswehruniversitäten in Hamburg oder München verbracht. Währenddessen wird der – relativ hohe

alt für die Einberufung. Ein Beispiel, das den Klassencharakter der Einberufung nur zu deutlich zeigt. Dies soll nicht darüber hinwegtäuschen, dass »Dick« Cheney selbst zu den Kriegstreiber:innen dieser Welt gehört und sich nicht aktiv dem Dienst an der Waffe entzogen hat – es zeigt lediglich, welche Rolle der soziale Status bei der Einberufung spielt.



Demonstration von Rheinmetall Entwaffnen in Unterlüß, 2019.

Obwohl sie damals nur 11% der Gesamtbevölkerung ausmachten, stellten sie gut 16% aller Einberufenen. 1965 stieg ihre Zahl durch das »Project 100,000« weiter an: Hier wurde der Bildungshintergrund für Einberufene herabgesetzt, was dazu führte, dass etwa 40% aller in diesem »Project« Einberufenen Schwarze US-Amerikaner:innen waren. Dennoch zogen auch manche von ihnen aus anderen Gründen in den Krieg: Der Sold war der höchste Betrag, den viele von ihnen je verdient haben.

– Sold weitergezahlt und eine Unterkunft auf dem Campus gestellt. Attraktiv also für junge Menschen (auch) aus Familien, die eine geringere Schulbildung und nur auf ein niedriges Einkommen zurückgreifen können. Gleichzeitig werden junge Männer aus der bürgerlichen Klasse oftmals gar nicht einberufen. Dies wird besonders an dem Unterschied Akademiker-Nicht-Akademiker deutlich. Der spätere Vizepräsident unter George W. Bush jr., Richard »Dick« Cheney, wurde beispielsweise fünfmal vom Wehrdienst wegen seines Studiums zurückgestellt. Nach dem Studium war er mit seinen 26 Jahren dann bereits zu

Krieg und heroische Männlichkeit

Wer sich, egal ob aus persönlicher oder politischer Haltung, dem Krieg entzieht, entzieht sich damit faktisch nicht nur rassistischen, nationalistischen und klassenspezifischen Bedingungen, sondern stellt sich damit im Effekt auch gegen patriarchale Männlichkeitsbilder. Allzu oft werden Deserteur:innen als Feiglinge und Angsthasen beschimpft. Wer sich all der Repression zum Trotz nicht einziehen lässt oder von der Front flieht, der folgt grundlegenden menschlichen Werten. Kriegshandlungen und Soldatentum hingehen basieren auf der Aberziehung von Menschlichkeit und der autoritären Unterwerfung für eine höhere Sache: Dem eigenen Leben und dem Leben des Gegenübers wird der persönliche Wert entzogen. Soldatentum basiert auf der Härte gegen sich selbst und gegen Andere. Wenn erst einmal die menschliche Empathie und Beurteilungskraft verloren gegangen ist und die Verantwortung für das eigene Handeln an die Autoritäten abgegeben wurde, kann die alltägliche Gewalt, können die Grausamkeiten des Krieges stattfinden, die in den Debatten um Kriegsverbrechen lediglich ihren Höhepunkt finden.

»Tapferkeit«, »Heldentum« oder »ewiger Ruhm« sind zentrale propagandistische Begriffe von vergangenen und gegenwärtigen Kriegsmobilisierungen. Durch diese kriegsverherrlichende Sprache vom Töten und Morden wird entgrenzte Gewalt indirekt als etwas Positives beschrieben. Und diese Gewalt wird in der Regel von Männern ausgeführt oder Männern zugeschrieben. Frauen hingegen sind Opfer von Kriegen oder werden als primär so wahrgenommen, vor allem von Vergewaltigungen als Kriegsmittel. Die binären Rollenzuschreibungen scheinen eindeutig. Queers, Transpersonen, Intersex, Schwule und Lesben werden in dieser Festschreibung von reaktionären Rollenerwartungen ausgeblendet.

Im aktuellen Russland-Ukraine-Krieg sind zwar überwiegend Frauen und queere Personen, die nicht als Männer eingezogen werden, auf der Flucht und versuchen, das Überleben ihrer Familien zu sichern. Frauen, Queers und Transpersonen sind aber auch aktiv als Kämpfer:innen oder Unterstützer:innen des einen oder anderen nationalstaatlichen Militärs. Es sind aber auch Personen der LGBTQIA+, die von sexueller Kriegsgewalt, Armut und Hunger bedroht sind. Eine feministische Kritik muss dementsprechend die grundlegende Männlichkeits-heroisierende Form des Militarismus und der Kriegsgewalt fokussieren – die alleinige Betonung, dass hier auch Frauen kämpfen, reicht indes nicht aus, um die Kritik des Patriarchalen im Militarismus auszuhebeln.

Diese Form von Militarismus und Kriegsgewalt ist nicht nur während eines aktiven Kriegsgeschehens zu beobachten. Sie wirkt durch eine grundlegende Militarisierung von Gesellschaft, die immer mit imperialistischen Kriegen einhergeht, auch nach dem Kriegsgeschehen weiter bzw. durchzieht auch die gesellschaftlichen Zusammenhänge, die nicht aktiv im Krieg kämpfen. Gewalt existiert in diesem Sinne nicht nur, wenn aus einem Kanonenrohr geschossen wird, sondern ist Normalität in patriarchalen Gesellschaften in Form von Feminiziden und Vergewaltigungen.

Patriarchale Gewalt und Rollenzuschreibungen verschärfen sich jedoch explosionsartig in Kriegssituationen; Vergewaltigungen, die Alltag in patriarchalen Gesellschaften sind, werden nun darauf zurückgreifend und aufbauend massenhaft als Kriegswaffe eingesetzt.

Unsere feministische Perspektive auf Krieg und Militarisierung beinhaltet insofern automatisch einen positiven Bezug auf das Desertieren. Anstatt durch Kämpfen als Mann für das Vaterland, Frau und Kinder und für eine sinnlose größere Sache zu sterben, übernimmt eine desertierende Person Verantwortung für das Leben.

Lasst uns die Vorbilder der vergangenen und gegenwärtigen Kriege sichtbar machen!

Zu desertieren, ist real und kein idealistisches Bild. Desertation ist konkrete Praxis vergangener und aktueller Kriege, die für uns auch heute eine Quelle der Inspiration darstellen, die uns Mut machen und auffordern ihrem Widerstand zu folgen.

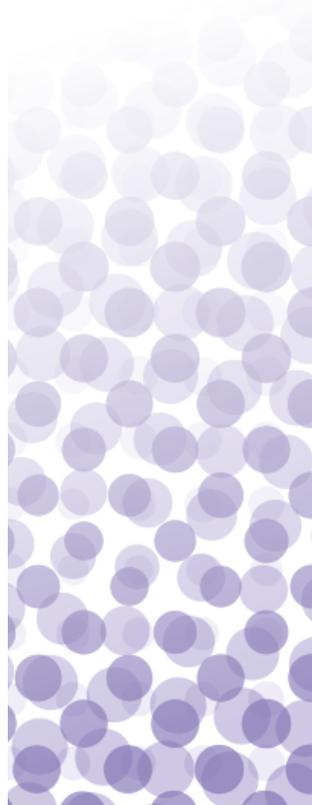
So stehen wir beispielsweise im Austausch mit iranischen Genoss:innen, die sich entgegen des nationalistischen Kriegstaumels dem Iran – Irak Krieg in den 80er Jahren entzogen. Anstatt zu kämpfen, besetzen sie solidarisch Häuser, in denen all diejenigen unterkommen konnten, die vor dem Krieg flohen. Sie öffneten Fluchtwege für Deserteur:innen und gefährdeten dabei ihr Leben. Viele von ihnen leben heute in der ganzen Welt verstreut – auch in Deutschland. Im Jugoslawienkrieg der 1990er gab es ebenfalls Massendesertationen und -verweigerungen. In Serbien und Kroatien beispielsweise folgten über 50% nicht ihrem Einberufungsbefehl. 1992 leistete das ganze Dorf Tresnejvac Widerstand gegen die Einberufung ihrer Reservisten. Sie errichteten ein »Verweigerungscamp« in ihrer Dorfkneipe, das für 62 Tage Bestand hatte, und gründeten die »geistige Republik Tzitzer«.

Im Kontext des US-Vietnam Krieges desertierten über 1000 der in Deutschland stationierten US-Soldat:innen. Dies wurde damals von Genoss:innen in der BRD mit einer Deserteurskampagne begleitet, die erfolgreich dabei unterstützen konnte, Menschen zur Desertation zu bewegen oder ihre Ausreise beispielsweise nach Schweden zu organisieren, wo sie einen legalen Aufenthalt und Schutz erhielten. Viele von ihnen sind auch über viele Jahre hinweg illegalisiert in Deutschland geblieben und wurden von deutschen Genoss:innen dabei unterstützt, ihr Leben in der Illegalität bestreiten zu können. Auch in Deutschland können wir auf eine widerständige Tradition gegen die deutsche Bundeswehr zurückschauen. Obwohl das Recht auf Kriegsdienstverweigerung nach dem deutschen Faschismus ins deutsche Grundgesetz geschrieben wurde, wurde der Zugriff der Bundeswehr auf Männer vor allem durch den zahlreichen Widerstand der Kriegsdienstverweigerer:innen gebrochen. Dazu gehört auch die Geschichte der Totalverweigerer:innen, die auch keinen Ersatzdienst ableisteten und dafür mit Inhaftierungen bestraft wurden. Die legalen Möglichkeiten der Kriegsdienstverweigerung waren in der BRD immer einfacher durchzusetzen, bis hin zur Aussetzung der allgemeinen Wehrpflicht für Männer im Jahr 2011.

Auch die Diskussionen um Deserteur:innen der Wehrmacht wurden in Deutschland ab den 80er Jahren in die deutsche Öffentlichkeit getragen. So gab es auch Menschen, die unter hohen Strafen und zum Teil mit Verlust des eigenen Lebens aus der Wehrmacht desertierten, und/oder zur Roten Armee oder den Partisan:innen überliefen. Dabei erleben wir bis heute, dass es in erinnerungspolitischen Auseinandersetzungen schwierig ist, diesen Menschen, anstatt den deutschen Soldaten, zu gedenken. Noch immer stehen in jedem Dorf gut gepflegte Kriegerdenkmäler, die den Soldatentod heroisieren, an denen alljährliche Kränze und Blumen niedergelegt werden. Auch wenn es in vielen Städten, wie in Kassel, Göttingen, Ulm, Darmstadt, Karlsruhe oder Bremen, um nur einige zu nennen, auch Deserteurgedenken gibt, stehen noch an zu vielen Orten diese Kriegerdenkmäler. Als eine Antwort darauf haben wir im Rahmen des Camps und Aktionstage von Rheinmetall entwarfne 2022 in Kassel das dortige Kriegerdenkmal in ein Deserteursdenkmal umgewidmet, indem wir das Gedenken an die einzelnen Regimenter der Wehrmacht durch Geschichten von Kasseler Deserteur:innen aus dem Zweiten Weltkrieg ersetzt haben.

Im aktuellen Russland-Ukraine-Krieg entziehen sich hunderttausende Wehrpflichtige in Belarus, in der Ukraine und in Russland dem Krieg. Viele fliehen über gefährliche Wege in andere Länder. Bis Mitte März 2022 sind bereits 300.000 Russ:innen (nicht nur Kriegsdienstverweigerer:innen) außer Landes geflohen, vor allem nach Armenien, Georgien, Serbien und nach Kasachstan. Seit der russischen Teilentmachtung am 21. September 2022 sind weitere 260.000 Männer im wehrpflichtigen Alter geflohen. Circa 145.000 wehrpflichtige Ukrainer:innen halten sich als Geflüchtete in der EU auf.

Zudem halten sich viele Kriegsdienstverweigerer:innen aus Eritrea in Deutschland auf, die zum Teil auch in der Eritreischen Antimilitaristischen Initiative organisiert sind. Seit 1998 tobt in Eritrea ein Krieg um Unabhängigkeit und Grenzen gegen Äthiopien mit der massiven Folge der Militarisierung der ganzen Gesellschaft. Insbesondere viele Jugendliche allen Geschlechts werden für den Kriegsdienst eingezogen, ein Recht auf Kriegsdienstverweigerung gibt es nicht. Viele der jungen Menschen, die militärisch zwangsrekrutiert werden, verschwinden und tauchen nie wieder auf. Aus diesem Grund fliehen sehr viele und insbesondere junge Menschen aus Eritrea, viele von ihnen in die direkten Nachbarländer, manche schaffen es auch bis in die EU und bis nach Deutschland, wo sie jedoch kein Asyl bekommen, sondern mit dem unsicheren Status der Duldung leben müssen.



Lasst uns in internationaler Solidarität mit Deserteur:innen die Festung Europa zum Einsturz bringen!

Die Fakten zeigen, dass sich sehr viele Menschen nicht am Krieg beteiligen wollen. Dennoch haben wenige eine juristisch sichere Situation. Deserteur:innen erhalten in der BRD und Europa keinen Schutz.

Es gibt formal das Recht auf Kriegsdienstverweigerung, das in der Genfer Flüchtlingskonvention als Asylgrund institutionalisiert ist. In der Anerkennungspraxis der einzelnen Staaten, insbesondere in Deutschland, sorgen jedoch hohe formale Hürden, wie z.B. detaillierte Nachweise für völkerrechtswidrige Einsatzbefehle, in der Praxis dafür, dass viele Kriegsdienstverweigerer:innen keinen Schutzstatus erhalten. Desertation stellt in Deutschland einen Straftatbestand dar. Deserteur:innen anderer Länder erhalten für Desertation entsprechend nicht grundlegend Asyl. Dies ist nur möglich, wenn deutlich gemacht werden kann, dass die Desertation politisch begründet ist.

»Anstatt [...] für eine sinnlose, größere Sache zu sterben, übernimmt eine desertierende Person Verantwortung für das Leben.«

In den aktuellen Debatten um Deserteur:innen aus Russland soll die Desertation nach Aussagen des deutschen Innenministeriums gegenwärtig als politische Handlung gegen den Staat Russland aufgefasst werden. Dies betrifft dann jedoch nur die Desertation, nicht jedoch die Kriegsdienstverweigerung, für die weiterhin hohe formale Nachweishürden bestehen.

Deserteur:innen und Kriegsdienstverweigerer:innen aus der Ukraine erhalten in Deutschland ebenfalls keinen besonderen Schutzstatus. Wenn »wehrfähige Männer« es aus der Ukraine herauschaffen, fallen sie aber derzeit ebenfalls unter die Massenzustromsrichtlinie der EU, nach der, solange diese Richtlinie auf EU Ebene angewendet wird, alle Menschen mit ukrainischen Papieren sich für drei Jahre in Deutschland aufhalten dürfen. Was danach passiert, ist ungewiss. Sicherlich verjährt Desertation nicht innerhalb von drei Jahren.

Für Kriegsdienstverweigerer:innen und Deserteur:innen aus anderen Ländern bestehen derzeit keine besonderen Regelungen, sodass viele aufgrund der hohen formalen Nachweisregelungen in der Praxis in Deutschland mit dem unsicheren Status der Duldung leben und jederzeit abgeschoben werden können.

In den gesamtgesellschaftlichen Debatten ebenso wie in der Anerkennungspraxis wird eben oft keine politische Haltung unterstellt, sondern versucht Desertation als Feigheit und Entscheidung aus persönlichem Interesse darzustellen. Wir weisen diese Unterscheidung in politische und persönliche/unpolitische Desertation jedoch entschieden zurück, da Desertation als individuelle Verweigerung in imperialen, nationalistischen, kapitalistischen, rassistischen und patriarchalen Kriegen eine Rolle einzunehmen per se einen widerständigen Akt darstellt, auch wenn sie aus dem Willen zum Leben heraus und nicht aus bewusster politischer Handlung gegen die Herrschaftsverhältnisse heraus erfolgt. Dieser versuchten Spaltung zwischen uns als politischer Bewegung und vermeintlich unpolitischen Kräften, die jedoch aus unserer Sicht moralisch richtig handeln, sollten wir uns als organisierte Kräfte entschieden entgegenstellen.

Das Problem geht aber weit über die restriktive Anerkennungspraxis der einzelnen EU Staaten hinaus. Die meisten Menschen scheitern schon an der Festung Europa. Die meisten Deserteur:innen kommen gar nicht erst bis in die EU, weil sie im Mittelmeer ertrinken, an ungarischen oder polnischen Grenzzäunen zusammengeschlagen werden oder gleich in andere Länder fliehen.

Viele Deserteur:innen aus Russland fliehen nach Serbien,

Moldawien oder in die Türkei, wohin sie visafrei einreisen können. Viele Deserteur:innen aus der Ukraine fliehen über den Fluss Theis nach Rumänien. Es gibt für die meisten Deserteur:innen aller Länder weltweit keine legalen Einreisemöglichkeiten in die BRD. Asyl beantragen kann nur, wer bereits da ist. Das verhindern bereits Militär- und Polizeieinheiten in der Türkei, in Griechenland, Bulgarien, Kroatien, Ungarn, Polen, Italien, Spanien bis hinein nach Deutschland.

Dabei sind es gerade auch Militärtechnologien und Überwachungstechnologien made in Germany, die nicht nur in den Kriegen, aus denen Menschen fliehen oder denen Menschen sich verweigern, sondern auch an den Außengrenzen zum Einsatz kommen. Dazu gehört z.B. Drohnentechnologien, Wärmebildkameras und Radarüberwachungssysteme, die sowohl von deutschen Firmen wie Rheinmetall als auch von Firmen wie Airbus, Hensoldt, Indra, Asseco oder Atos hergestellt werden, die alle auch in Deutschland produzieren.

Dementgegen bleibt es eine Aufgabe internationaler, antirassistischer Solidarität Fluchtwege zu ermöglichen, zu öffnen und gemeinsam für ein Bleiberecht in der EU und in Deutschland zu kämpfen! Auch hier können wir auf eine lange Erfahrung von Genoss:innen schauen: Entlang der verschiedenen Grenzen innerhalb und außerhalb der EU gibt es eine breite, widerständige Praxis der Unterstützung von People on the Move: Diese Netzwerke basieren auf Netzwerken von Flüchtenden selbst, NoName Kitchens, internationalen Aktivist:innen, lokale Zivilgesellschaften bis hin zu den bekannten Seenotrettungsorganisationen, die Boote betreiben, Häuser besetzen, Essen bereitstellen, einen aktuellen Informationsaustausch ermöglichen, Verletzungen versorgen und so versuchen trotz ständiger Kriminalisierung eine grundlegende Infrastruktur zu stellen, um Menschen die gefährliche Flucht nach Europa zu erleichtern.

Lasst uns die Bundeswehr delegitimieren, wo immer sie auftritt! Gegen die Normalisierung!

Als radikale Linke in Deutschland reicht es aber nicht, bei den Debatten um Deserteur:innen anderer Länder stehen zu bleiben. So wie wir die Verantwortung Deutschlands an den Kriegen anderswo deutlich machen, in dem wir die Produktion der Waffen in Deutschland sichtbar machen, so machen wir auch deutlich, dass nicht nur deutsche Waffen, sondern auch deutsche Soldat:innen, viele von Ihnen Neonazis, in der ganzen Welt am Krieg beteiligt sind.

Nachdem Deutschland 1945 besiegt wurde, beschlossen die Alliierten die Entmilitarisierung von Deutschland in die Wege zu leiten. Es folgte eine kurze Phase ohne Armee von 1945 bis in die 1950er Jahre hinein. Ab Mitte der 1950er Jahre, in der Logik des Kalten Krieges gegen die Sowjetunion, wurde die Armee der Bundesrepublik, die jetzt Bundeswehr heißt, unter Einbezug der faschistischen ehemaligen Wehrmachtssoldaten jedoch wieder aufgebaut. Kontinuitäten finden wir bis heute in den Bezügen der Bundeswehr auf die Wehrmacht: Kasernen, die nach Propaganda-Helden des Deutschen Faschismus benannt sind, Kasernen, in denen immer wieder Nazi-Devotionalien auftauchen. Die Bundeswehr wurde in den 50ern wieder aufgebaut, wieder als Massenarmee, in der deutsche Männer deutsche Tugenden lernen sollten: Gehorsam, Disziplin und Ordnung. Dieser patriarchalen Schulung der Männer-Nation machten zahlreiche Kriegsdienstverweigerer:innen einen Strich durch die Rechnung. Sie erkämpften immer weitere Lockerungen für den Ersatzdienst bis hin zur Aussetzung der allgemeinen Wehrpflicht 2011.

Nicht nur in den Kontinuitäten und der Tradition, in der die Bundeswehr steht, hat diese ein strukturell rechtes Problem, sondern auch personell ist die Bundeswehr durchsetzt von Neonazis. In der Bundeswehr gibt es organisierte rechte Schattennetzwerke, wie das Hannibal-Netzwerk: Ein Zusammenhang aus organisierten Neonazis, Soldat:innen, Reservist:innen, Verfassungsschützer:innen, Kriminalpolizei und Teilen des Sondereinsatzkommandos (SEK). Ein Netzwerk, das für den Tag X den bewaffneten Umsturz vorbereitet, Anschläge plant und Todeslisten führt. Zu ihnen gehört zum Beispiel Franco Albrecht, jener Bundeswehroffizier, der sich im Jahr 2015 als syrischer Flüchtling tarnte, um als dieser Anschläge zu begehen, um so die Stimmung in Deutschland gegen Migrant:innen weiter anzuheizen.

Doch unser Problem mit der Bundeswehr ist nicht nur, dass diese strukturell rechts ist, sondern auch, dass es sie überhaupt gibt. Die Bundeswehr ist und war in diverse Kriege und Konflikte weltweit involviert, u.a. in Serbien und dem Kosovo, in Afghanistan, im Mittelmeer oder in Mali. Gerechtfertigt werden diese Einsätze mit der »Verteidigung deutscher Werte« oder auch immer offener mit der Sicherung von Handelswegen, mit der Sicherung von Einfluss und Ressourcen oder mit der Verhinderung von Migration über den Globus. Auf der Münchner Sicherheitskonferenz ist ein immer wiederkehrendes Motiv, dass Deutschland die »Führungsrolle«, die die BRD international bereits wirtschaftlich einnimmt, nun auch wieder militärisch untermauern soll. Da die Bundeswehr keine Pflichtarmee mehr ist, hat sie jedoch ein Nachschub-Problem. Gut so! Wir rufen alle Menschen dazu auf, sich der Kriegsrekrutierung zu verweigern und die Bundeswehr zu schwächen. Sei es die Jugend, Soldat:innen, Menschen in medizinischen Berufen oder die Zivilgesellschaft. Auch wenn die Kriegsdienstverweigerung nicht mehr für jeden jungen

Mann aktiv Thema ist, sehen wir zahlreiche Möglichkeiten aus den verschiedensten Positionen heraus zu erklären, dass mit uns keine militaristische Zeitenwende zu machen ist, dass mit uns nicht zu rechnen ist, dass wir nicht zur Verfügung stehen:

Ein Ort, diese Haltung gegen Krieg und die deutsche Bundeswehr zum Ausdruck zu bringen, sind die Schulen. Die Bundeswehr wird als »Kariereoption« in Schulen und Jobcentern vorgestellt. Die aktuelle militaristische Zeitenwende lässt befürchten, dass die Rekrutierungsbemühungen noch intensiviert werden. Im Anschluss an die Münchner Sicherheitskonferenz 2022 wurde die »Zeitenwende on Tour« bekanntgegeben, in der die militaristische Politik gezielt an Bürger:innen bundesweit vermittelt werden soll. So »diskutierte« die damalige Verteidigungsministerin Lambricht im September 2022 mit Bonner Schüler:innen über die Sicherheitspolitik der BRD. Im

»Weißbuch« der Bundeswehr verkündet die Bundeswehr ihre Strategie für die kommenden Jahre: Durch Medienangebote, die von YouTube-Serien bis zu Snapchat-Filtern reichen, soll früh eine Normalität und Allgegenwärtigkeit, ein subtiler Militarismus, geschaffen werden. So sollen Schüler:innen abgegriffen werden, die noch unentschlossen dem Sog des immer weniger sicheren Arbeitsmarktes entgegenblicken. Auch hier wird es eher diejenigen treffen, die auf ein frühes, geregelttes Einkommen angewiesen sind. Wo wir können, sollten wir das Narrativ der Bundeswehr als »Kariereoption« entlarven, z.B. durch die Sichtbarmachung der Funktion des Heeres und der Armee und der grausamen Realität dieses »Berufs«, der eben kein Beruf wie jeder andere ist. Vor allem gegenüber diesen jungen Menschen müssen wir die alten Parolen neu vermitteln: Lasst euch von ihnen nicht anlügen! Gebt ihnen nicht eure Zukunft, eure Jugend, euer Leben!

Frohen Mutes schauen wir auf die zahlreichen Initiativen in Deutschland, die die Bundeswehr von Schulen und Universitäten verweisen wollen, die Bundeswehr-Werbung beschädigen, die ihren Protest auf die Straße tragen, wann immer die Bundeswehr versucht sich als zivile Akteurin Raum zu nehmen!

Weitere Bezugspunkte eine Haltung gegen Krieg und gegen die Bundeswehr zum Ausdruck zu bringen, sehen wir dabei überall da, wo Reservist:innen ihre Wehrpässe zurückschicken, eine Praxis, die seit der neusten militaristischen Zeitenwende wieder vermehrt vorkommt. Die Zahl der Kriegsdienstverweigerungen in der BRD hat sich 2022 verfünffacht. Begründet werden die Verweigerungen auch mit dem neuesten Krieg in der Ukraine. Hinzu kommt, dass auch die Zahl der Bewerber:innen seit Anfang 2022 zurückgeht.

Wir wissen von Krankenpfleger:innen und anderen medizinischen Berufsgruppen, die in der Vergangenheit erklärt haben im Kriegsfall nicht zur Verfügung zu stehen. Wir finden: Da geht noch mehr! Grundsätzlich kann jede:r kann einen Antrag auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer:in stellen und damit eine Haltung gegen die deutsche Bundeswehr, gegen die Militarisierung und gegen die Zeitenwende zum Ausdruck bringen.

Also: Soldat:innen, Jugend und Zivilgesellschaft, desertiert und verweigert den Krieg!

Die Nahostblockade - oder: Warum fällt es der deutschen Linken so schwer eine Anti-kriegsbewegung aufzubauen?

Israel/Palästina-Kreis der IL Berlin, 15. Dezember 2024

Eigentlich sind die Verhältnisse sehr klar: Die israelische Armee begeht seit mehr als einem Jahr Kriegsverbrechen in Gaza. Vieles deutet darauf hin, dass die israelische Regierung die Wiederbesiedlung des nördlichen Gazastreifens anvisiert und die Bevölkerung von dort dauerhaft vertreiben will.

Ein Waffenstillstands- und Geiseldeal wurde von der israelischen Regierung mehrfach blockiert. Der regionale Flächenbrand, vor dem monatelang gewarnt wurde, ist mindestens seit der Invasion im Libanon Realität geworden. Die internationalen Gerichte nehmen das zum Anlass, Haftbefehle gegen Netanjahu, Verteidigungsminister Gallant und Hamas-Führer Deif auszustellen und sehen Anzeichen für einen Genozid, wie die Klage Südafrikas gezeigt hat.

Und doch gelingt es der deutschen Linken bislang kaum eine Solidaritäts- bzw. Anti-kriegsbewegung aufzubauen. Dabei wäre es gerade hier dringend notwendig: Die Bundesregierung unterstützt den Krieg durch Geld, Waffen und Diplomatie. Im Namen der Staatsräson tritt sie nicht nur die Demonstrationsfreiheit auf den Straßen Berlins mit den Füßen, sondern auch das Völkerrecht. Die Zerrissenheit der Linken und das lange Hadern um eine differenzierte Position war kurz nach dem Massaker der Hamas am 7. Oktober verständlich und vielleicht sogar angebracht. Heute ist sie es nicht mehr.

Wie sind wir hier gelandet?

Dass der israelisch-palästinensische Konflikt in der deutschen Linken ein spezielles Thema ist, muss man niemandem erklären. Lange galt das Diktum: Über Nahost sprechen wir nicht, sonst spalten wir uns. Diese Position hatte in den 90ern vielleicht ihren Sinn, in einer postmigrantischen Linken, in der viele biographische Bezüge in die Region haben – seien es linke Israelis, Palästinenser:innen oder aus Syrien Geflohene – ist eine solche Dethematisierung realitätsfern und blockierend,

ebenso für viele in Deutschland lebende Linke aus ehemals kolonialisierten Teilen der Welt. Dieses Versäumnis und das daraus resultierende Fehlen politischer Analysen und genossenschaftlicher Beziehungen in die Diasporagruppen haben uns nach dem 7. Oktober lange gelähmt, sodass wir vorerst nicht geschafft haben, angemessen und solidarisch gemeinsam mit anderen auf den genozidalen Krieg zu reagieren.

Unsere IL-Position in den ersten Wochen nach dem Angriff des 7. Oktobers und dem darauffolgenden Raucherfeldzug Israels war eine radikal-humanistische: Das Leid auf beiden Seiten anerkennen, Antisemitismus und Rassismus verurteilen und die Stimmen stärken, die trotz aller Gewalt die Hoffnung auf einen gerechten Frieden nicht aufgeben haben. Waffenstillstand und Geiseldeal. Dieser simple Grundsatz, dass Menschenleben nicht mit zweierlei Maß gemessen werden sollen, ist heute nicht weniger aktuell. Doch was folgt aus diesem Humanismus, wenn das Massaker mit einem nicht endenden Vernichtungskrieg beantwortet wird? Und was kann der Humanismus zu den strukturellen Ursachen des Konflikts sagen, zu jahrzehntelanger Entrechtung und Besatzung?

Manchmal scheint es, als drehe sich die Linke lieber um sich selbst, als die Realität vor Ort (oder auch in Neukölln) wahrzunehmen. Es dominiert eine Politik der roten Linien, die zudem auch meist nur einseitig gezogen werden, und keine Politik der grundsätzlichen Solidarität. Die berechtigte Sorge, dass Antisemitismus und die Sicherheit jüdischen Lebens in der palästinensischen Bewegung relativiert und der 7. Oktober als Befreiung gefeiert wird, dominiert vor dem grundsätzlichen geteilten Interesse, einen Waffenstillstand und ein Waffenembargo zu erreichen. So steht die Linke skeptisch am Rand und weiß nicht so recht wohin mit sich. Weite Teile der mehrheitlich migrantischen Linken fühlen sich zu recht im Stich gelassen von der mehrheitlich deutschen Linken, die sie zunehmend als Teil der Staatsräson wahrnimmt. Das führt zu scheinbar unüberwindbaren Gräben. Und einem dröhnenden Schweigen aufseiten der deutschen Linken.

Dies hat auch dazu beigetragen, dass die Positionen der deutschen Linken und die der Linken weltweit zu Palästina/Israel so sehr divergieren wie zu keinem anderen Thema. Unter deutschen Linken dominiert entweder das Schweigen oder aber eine weitestgehend humanitäre Position, die für Frieden und gegen das Leid einsteht, damit aber die strukturelle und historische Dimension des Konflikts ausblendet. International begreift sich die Linke als Teil einer Bewegung, die sich für den Kampf gegen Siedlerkolonialismus, Apartheid und für die Freiheit von Palästina einsetzt.

Eine breite Antikriegsbewegung aufbauen

Diese Spaltung spiegelt sich auch auf den Straßen Deutschlands – und innerhalb der IL – wieder: Die relevante Bewegung ist in der BRD aktuell die palästinasolidarische, die aller Repression zum Trotz seit über einem Jahr Woche für Woche Demonstrationen organisiert. Die deutsche Linke ist hier weitestgehend abwesend, man ist zwar gegen den Krieg gegen Gaza, bleibt jedoch auf Distanz zur Befreiungsbewegung. Eine breitere, ins bürgerliche Spektrum reichende Antikriegsbewegung gibt es derzeit kaum. Dabei könnte gerade mit einer solchen Bewegung relevanter Druck auf die Bundesregierung erzeugt werden.

Als IL haben wir uns deshalb bemüht, gemeinsam mit NGOs wie medico international, Amnesty International und CARE sowie politischen Gruppen wie den Israelis for Peace und der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft ein breites zivilgesellschaftliches Bündnis zusammenzubringen, um für einen gerechten Frieden in Israel/Palästina und gegen deutsche Waffenexporte zu demonstrieren. So kamen wir am 18. Oktober 2024 am Washington Platz mit 3000 Menschen zu einer Kundgebung zusammen. Ja, der Protest kommt ein Jahr und 45.000 Tote zu spät. Das ist ein Versagen, durch das viel Zeit verloren, Vertrauen zerstört und der massiven Repression Tür und Tor geöffnet wurde. Es ist unsere Verantwortung den Scherbenhaufen, den das Nicht-Handeln der deutschen Linken mitverursacht hat, jetzt aufzukehren. Das strategische Ziel hinter der Kundgebung war es, einen Raum zu schaffen, der sich durch die Breite der aufrufenden Organisationen schwer delegitimieren lässt und auf diese Weise zusätzlich Druck auf die Bundesregierung ausüben kann. Viele auf der Kundgebung haben uns zurückgemeldet, dass es die erste Demonstration war, die sie seit dem 7. Oktober besucht haben – daraus wurde deutlich, dass es durchaus ein Spektrum gibt, das gegen die Kriegsverbrechen und die deutsche Mitverantwortung auf die Straße gehen möchte, sich jedoch aus unterschiedlichen Gründen nicht den bisherigen Protesten anschließen wollte. Inzwischen lehnt selbst die Mehrheit der deutschen Bevölkerung den Kurs der Bundesregierung ab. Hierin liegt ein Potenzial, das wir auch in der Zukunft ausnutzen und sichtbar auf die Straße tragen sollten.

»Es reicht nicht, gegen den vernichtenden Krieg zu demonstrieren. Wir wollen nicht zurück zum 6. Oktober. Es braucht eine systematische Kritik der Gewalt, die Besatzung und Apartheid auch jenseits des Krieges bedeuten.«

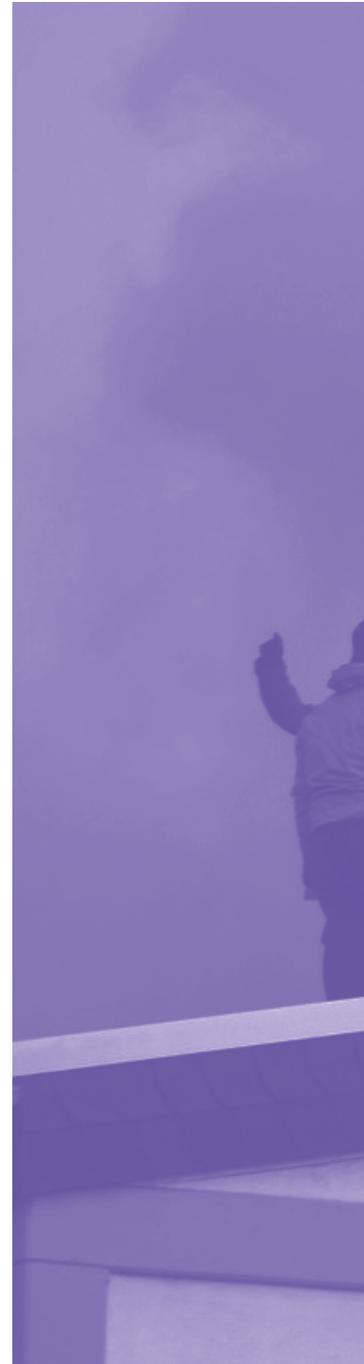
Gegen die deutsche Mitverantwortung, für einen gerechten Frieden

Wir sind der Meinung, dass der Einsatz gegen Waffenexporte sowohl die dringendste als auch die strategische richtige Praxis ist. Dringend ist sie, da sie der einzige materielle Hebel ist, mit dem sich der Krieg beenden ließe. Strategisch richtig ist sie, da sich über Waffenexporte einerseits die deutsche Mitverantwortung für die Kriegsverbrechen artikulieren und andererseits breitere Bündnisse knüpfen, die politische Akteure miteinbeziehen, die sich nicht klar auf den palästinensischen Widerstand beziehen wollen. Dies soll nicht in Konkurrenz zur palästinasolidarischen Bewegung passieren, im Gegenteil. Ein solidarischer Bezug auf den maßgeblich von Palästinenser:innen getragenen Widerstand in Berlin und ein Zusammenstehen gegen die repressive deutsche Staatsräson sind absolut essenziell. Außerdem ist sie ein wichtiges Korrektiv für Positionen, die in einem humanitär ausgerichteten Antikriegsspektrum eher im Hintergrund stehen: Es reicht nicht, gegen den vernichtenden Krieg zu demonstrieren. Wir wollen nicht zurück zum 6. Oktober. Es braucht eine systematische Kritik der Gewalt,

die Besatzung und Apartheid auch jenseits des Krieges bedeuten. Ein gerechter Frieden bedeutet das Schweigen der Waffen, einen Gefangenendeal (everyone for everyone) UND ein Ende der Besatzung. Nur so kann das Recht auf ein Leben in Frieden, Freiheit und Selbstbestimmung für Palästinenser:innen und Israelis realisiert werden.

Ja, es ist schwer als radikale Linke, viele von uns mit Familien mit Nazihintergrund, im Land der Shoah gegen die Verbrechen Israels auf die Straße zu gehen. Aber wer aus der eigenen verbrecherischen Geschichte die Lehre zieht, den Mund zu halten, wenn die israelische Armee ganze Teile Gazas zerstört, missbraucht das Gedenken an den Holocaust. Wenn es etwas gibt, was wir aus der Geschichte lernen müssen, dann ist es unsere Stimme ohne doppelte Standards gegen Dehumanisierung und Menschenrechtsverbrechen zu erheben, egal wen sie treffen, egal wer sie ausübt. Unsere Verbündeten sind dabei die progressiven Kräfte vor Ort und in der Diaspora sowie all jene, die sich im schweigenden Autoritarismus der Staatsräson nicht einrichten wollen.

»Bilden wir neue Allianzen und strecken die Hände aus zu all jenen, die sich der Verrohung entgegenstellen. Tragen wir die kleine Flamme der Solidarität in die Dunkelheit.«





Dachbesetzung bei Krauss-Maffei Wegmann in Kassel, 2020.

Anhang: Empfehlungen

Krisen AG Berlin: »Nochmal Anlauf nehmen. Wieso wir eine neue Friedens- und Antikriegsbewegung brauchen und wie wir uns das ungefähr vorstellen«

Aufrüstung, Krieg, Militarisierung und Abschottung – am Anfang des 21. Jahrhundert zeigt sich auch in den globalen Zentren von neuem, dass der Katastrophenkapitalismus auf Gewalt beruht. Höchste Zeit also für eine neue Friedens- und Antikriegsbewegung, meinen die Genoss:innen von der Berliner Krisen-AG – und stellen vor, was es aus ihrer Sicht dafür bräuchte.
Link: <https://blog.interventionistische-linke.org/antikriegsbewegung/nochmal-anlauf-nehmen>

Eine Stimme aus der IL: »Überlegungen für eine neue Antikriegsbewegung«

Was tun gegen Krieg und Militarisierung? Seit dem Überfall der russischen Armee auf die Ukraine vor mittlerweile mehr als einem Jahr ist diese Frage aktueller denn je. Trotzdem tun sich gesellschaftliche und radikale Linke weiterhin äußerst schwer, hierauf Antworten zu finden. Höchste Zeit also für eine Reflexion der Erfahrungen, die im Rahmen der Initiative ›Rheinmetall Entwaffnen‹ gemacht wurden.
Link: <https://blog.interventionistische-linke.org/antikriegsbewegung/ueberlegungen-fuer-eine-neue-antikriegsbewegung>

Einzelpersonen aus Rheinmetall Entwaffnen: »Männlichkeit, Patriarchat & Krieg«

Krieg ist patriarchal, jener in der Ukraine und die andernorts. Krieg funktioniert entlang klarer geschlechtlicher Rollenbilder und die mediale Berichterstattung tut ihr Bestes, alles fern des kämpfenden Mannes* und der flüchtenden FLINTA*-Personen unsichtbar zu machen. Das »Kommuniqué No. 3« wurde nach anregenden Gesprächen unter Genoss:innen aus dem Rheinmetall-Entwaffnen-Bündnis verfasst.
Link: <https://blog.interventionistische-linke.org/antikriegsbewegung/maennlichkeit-patriarchat-krieg>

AG Krieg und Frieden der IL Berlin: »Beyond Waffenexportstopp. Um was es uns geht«

Angesichts der weltweiten Zunahme von Rüstungsgeschäften und kriegerischen Auseinandersetzungen ist der Aufbau einer neuen Friedens- und Antikriegsbewegung dringend notwendig – auch und besonders hierzulande. Ein vielversprechender Ansatz ist die Kampagne »Rheinmetall Entwaffnen«, die Proteste und Blockaden gegen die deutsche Kriegsindustrie und Waffenexporte organisiert. Die AG Krieg und Frieden der IL Berlin erklärt, warum und mit welcher Stoßrichtung sie sich an der Kampagne beteiligt.
Link: <https://blog.interventionistische-linke.org/antikriegsbewegung/beyond-waffenexportstopp>

Eine Stimme aus der IL: Eine Kritik an dem Text »Der Krieg, die Linke und Wir«

Die Internationalismus AG der Interventionistischen Linken hat in der ak – analyse & kritik und auf dem Debattenblog Thesen für eine linke Antikriegspraxis formuliert – an ihrer Argumentation ist fast alles falsch. So eine Stimme aus der Ortsgruppe Hamburg. Sie hat ihren Widerspruch in diesem Artikel formuliert.
Link: <https://blog.interventionistische-linke.org/antikriegsbewegung/das-schwarze-loch-der-solidaritaet>

Sandro Mezzadra und Michael Hardt: »Die künftige post-hegemoniale Welt«

Eine Debatte über die Neugestaltung der globalen Machtverhältnisse und die aufkommende internationalistische Befreiungsbewegung.
Link: <https://www.medico.de/blog/die-kuenftige-post-hegemoniale-welt-20051>

Vanessa E. Thompson und Raul Zelik: »Globale Linke: Ein Antiimperialismus ohne Idioten«

Was wären die Grundlagen für einen Internationalismus, der eine universelle Befreiung ermöglicht? Eine linke Praxis jenseits der Nation muss sich auch gegen die globalen Kriegsapparate richten.

Link: <https://www.woz.ch/2513/globale-linke/ein-antiimperialismus-obne-idioten/IP7EX1ES9WABR>

»Skandal im militärischen Sperrbezirk.« Aufruf zur Aktionswoche des Rheinmetall Entwaffnen-Bündnisses 2025

Vom 26. bis 31. August werden wir die Kriegstreiber in Köln heimsuchen und die herrschenden Konventionen durchbrechen. Wir sind das Gegenteil dessen, was sich Regierung und Rüstungsindustrie von ihren Bürger*innen wünschen.

Link: <https://rheinmetallentwaffnen.noblogs.org/post/2025/06/18/skandal-im-militaerischen-sperrbezirk/>

Bündnis und Aufruf zur Kundgebung: »Für einen gerechten Frieden in Palästina und Israel. Zivilbevölkerung schützen, Waffenexporte stoppen!«

am 15. Februar 2025 in Berlin, Köln und Nürnberg.

Link: <https://gerechter-frieden.org/aufruf-15-02-25/>

Einladung zu der Veranstaltung: »Gegen den Krieg und seine Logik, für eine transnationale Friedenspolitik«

vom Permanent Assembly Against the War, 10. Februar 2024.

Link: <https://www.transnational-strike.info/2024/02/10/aufruf-zu-einer-versammlung-am-24-februar-gegen-den-krieg-und-seine-logik-fur-eine-transnationale-friedenspolitik/>

Aufruf zu Protest gegen Werbeveranstaltungen der Bundeswehr von Rheinmetall Entwaffnen: Kein Tag der Bundeswehr!

Link: <https://rheinmetallentwaffnen.noblogs.org/post/2024/06/08/kein-tag-der-bundeswehr/>

Weitere Texte zu Krieg und Frieden auf dem Debattenblog der IL.

Link: <https://blog.interventionistische-linke.org/tag:Krieg%20und%20Frieden>

Weitere Texte aus der Permanent Assembly Against the War, Teil des Transnational Social Strike.

Link: www.transnational-strike.info/articles/permanent-assembly-against-the-war/

**»Wann der Krieg beginnt,
das können wir wissen,
doch wann beginnt
der Vorkrieg?
Falls es dafür Regeln gäbe,
wir müssten sie weitersagen.
In Ton und in Stein
eingraben und überliefern
müssten wir sie.
Und nebst anderen Sätzen,
stünde auch dieser da:
Lasst Euch nicht von den
Eigenen täuschen!«**

nach Christa Wolf, *Kassandra*